

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

92 (21.4.1913) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postkontos Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 7/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Die Süddeutschen u. die Militärvorlage.

Von einem süddeutschen Politiker wird der „Berliner Volkszeitung“ geschrieben: Die Militärvorlage wird von den 180 Reichsboten Süddeutschlands, so wie sie vorliegt, nicht bewilligt werden. Darüber sind wir in Süddeutschland so ziemlich alle einig, ob Zentrumsmann oder Fortschrittler. Militärschwärmer, die zur Einschüchterung des Auslandes die Milliardenausgabe für Rüstungszwecke unbedenklich hinunterzuschleudern, sind Phantastengedanken der offiziellen Presse, die seit Monaten die öffentliche Meinung mit Anstrengung bearbeitet. Der Surrapatriotismus hat bei uns ausgespielt. Von den 1000 Millionen Mark der „Beibrabgabe“ gehen 900 Millionen für Waffen und Festungsbauten im Rheinland drauf. Die Hersteller der Militärrüstung, der Kanonen, der Kriegsschiffe, des Armeematerials sitzen in Preußen. Für jeden Rekruten, der an der neu geforderten Zahl der 136 000 Mann abgezogen wird, werden unsere Bauern ihren Reichsboten danken. Wer immer die wahnsinnige Militärvorlage als Ganzes oder in der Hauptsache bewilligt, wird in Süddeutschland nicht mehr in den Reichstag gewählt.

Das Klingt ja alles recht schön und die süddeutsche Meinung gegen den preussischen Militarismus kommt hier zu einem frischen Ausdruck, aber wir fürchten, daß der „süddeutsche Politiker“ die Lage doch reichlich optimistisch beurteilt. Von den Abgeordneten, die Süddeutschland in den Reichstag sendet, werden außer den Sozialdemokraten und den Elßkähnen höchstens noch ein paar bayerische Zentrumskleinteile den Mut zum Neinlagen aufbringen, den der Mitarbeiter der „Volkszeitung“ allen 180 zutraut. Der Rest wird es darauf ankommen lassen, ob seine Zustimmung zu der Militärvorlage ihn wirklich die Sympathie der Wähler kostet.

Da ist z. B. Herr Konrad Kaufmann, auch ein Reichsbote aus Süddeutschland. Er schreibt im „März“ einen Artikel, der die in Süddeutschland herrschende Stimmung ganz trefflich wieder spiegelt, aber schließlich und endlich zur Schlussfolgerung kommt: Die Militärvorlage wird angenommen. Herr Kaufmann erinnert an die offizielle Note vom 12. Juli 1902, nach der Entzweiung von Baltisport, die von einer „festen und dauernden Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland“ wie von „der friedlichen Grundstimmung“ sprach, welche die Politik beider Länder in gleichem Maße bestimmte. Dann fährt er fort:

„War diese Note des Auswärtigen Amtes Wahrheit oder Selbsttäuschung und wo soll das Vertrauen der Völker herkommen, wenn innerhalb weniger Monate eine derart widersprechende Haltung eingenommen wird? Oder ist vielleicht seit Kiderlen-Wächters Tod wieder ein Umschlag eingetreten? Dieser Riefenvorlage würde sich Kiderlen-Wächter entgegenstemmt haben, weil er die Verschlechterung der Lage durch diese Vorlage und die Erschwerung des Friedenswerks auf dem Balkan durch diese verschärfte Rivalität und Mißtrauensanhäufung scharfblickend erkannt hätte.“

Also die Militärvorlage ist durch nichts begründet und geradezu verhängnisvoll. Kiderlens Geist wird aus dem Grabe heraufbeschworen, um gegen sie zu zeugen. Aber folgert der Reichsbote aus Süddeutschland daraus etwa, daß die Vorlage von seiner Partei abgelehnt werden müsse? Mit nichten! Er sagt weiter:

„Die Fehler der Regierenden präjudizieren und engagieren Volk und Volkvertretung. General Keim hat triumphierend geschrieben: Nicht bloß die Balkanverwickelung, vor allem die französische Seeresvorlage rechtfertigen die deutsche Vorlage.“ Also die vorauszuweisende Rückwirkung unseres Vorgehens ist unsere Rechtfertigung. Der Wehverein freut sich über die Zwangslage, in die er die deutsche Volkvertretung hineinmanövriert hat. Wehmann-Dollwoog wird Graf werden und das Volk wird sich im Herbst die Augen reiben.“

Das deutsche Volk reißt sich schon jetzt die Augen vor Verwunderung über die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei. Wenn diese Partei entsprechend ihrer Ueberzeugung gegen die Vorlage stimmen wollte, dann wären, wie jeder leicht nachrechnen kann, 184 Stimmen für die Ablehnung unbedingungsgehehert. Die absolute Majorität beträgt 199; es braucht also nur ein paar süddeutsche Zentrumskleinteile der Stimmung ihrer Wählerkreise Rechnung tragen, und die Vorlage wäre gefallen!

Ein energischer Kampf der Volkspartei gegen die Vorlage hätte also die größte Aussicht auf Erfolg. Herr Kaufmann will aber diesen Erfolg nicht, er findet den Reichstag in einer „Zwangslage“ und meint in ideinoppositivem Tiefstimm: „Die Fehler der Regierenden präjudizieren und engagieren Volk und Volkvertretung.“ In gemeinverständliches Deutsch übertragen heißt das: Ist eine Militärvorlage einmal eingebracht, dann muß sie auch angenommen werden, dann befindet sich der Reichstag in einer Zwangslage. Das ist der Bericht auf jedes selbständige Urteil. Nach Herrn Kaufmanns Theorie brauchen wir den Reichstag und ferner eine fortschrittliche

Volkspartei überhaupt nicht, und man könnte jede Militärvorlage im Wege eines kaiserlichen Ukases einführen. Der Endeffekt wäre derselbe und um die paar schönen Reden der Fortschrittler, um die wir dabei kämen, wäre es am Ende auch nicht schade!

Das Zentrumsprogramm in kritischer Beleuchtung.

Die „Kölner Korrespondenz“ macht einige recht beachtliche Aussagen zum Programm der Zentrumsfraktion des Reichstags. Es wird angeführt:

„Zu Wahlzwecken ist es wertlos, weil fast jede Partei sich damit einverstanden erklären kann. Die Kölner, die in Konsequenz ihres reinen Opportunismus jede Parteivertretung des Zentrums leugnen (ihre allgemeinen Christentum ist keine Weltanschauung und wird von ihnen selbst auch nicht mehr als solche bezeichnet!), berufen sich immerfort auf jenes Programm, auch dann, wenn sie dasselbe mit Füßen treten. So gestatten sie durchaus nicht immer den Fraktionsmitgliedern, ihre Stimme abweichend von dem Fraktionsbeschlusse abzugeben.“ Als z. B. anlässlich der letzten Militärvorlage unter Caprivi Graf Pallestrin, Fr. v. Suene u. a. für die Regierungsvorlage stimmten, wurden sie aus der Fraktion hinausgeschleudert und als kürzlich der Zentrumsabgeordnete General Häusler die Wehvorlage kritisierte, ließ ihn die Fraktion im Stich. Auch wenn man von den Fraktionsbeschlüssen nicht abweicht, kann man den Terror der gegenwärtigen Macht haben. So haben Männer wie Noeren und Oppersdorf nie etwas gegen Fraktionsbeschlüsse oder alte Fraktionsgrundsätze getan oder gesagt, und sie wurden doch hinausgedrängt! Wie die Kölner Richtung, die seit Jahren das große Wort im Zentrum führt, „das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen nach Kräften fördert“ und „für die religiöse Freiheit“ eintritt, haben wir anlässlich der jüngsten Steuererhöhung und der Haltung des Zentrums gegenüber den päpstlichen Erlassen gesehen. Auch den „Grundcharakter des Reiches“ als eines Bundesstaates wird das Zentrum Kölner Richtung nur so lange schätzen, als es ihm geschäftlich paßt. Die Herren werden sich mit einem deutschen Einheitsstaat glatt abfinden und wohl auch mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat.“

Rentabler Patriotismus.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Vorwärts“ eine Anzahl „vertraulicher“ Geschäftspapiere, aus denen hervorgeht, wie geschäftstüchtig gewisse Kapitalisten die Rüstungskonjunktur auszunützen wissen. Seit Jahren schon besteht ein geheimes „Marine-Verständigungs-Konzern“, dessen Geschäftsstelle sich in Dortmund, Kronprinzenstraße 36, befindet. „Vertraulicher“ Leiter dieses Bureaus ist Direktor G. Guthheil, früher einer der Direktoren der Union, Eisen- und Stahlwerke in Dortmund, dann, nachdem diese Gesellschaft sich in Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Actiengesellschaft aufgelöst hat, eine Zeitlang einer der Leiter der Abteilung C, die die sämtlichen in Dortmund und dem Umkreis gelegenen Werke der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft umfaßt. (Außerdem besitzt diese Gesellschaft bekanntlich noch Zweigabteilungen in Differdingen und in Mülheim an der Ruhr.)

Das Geschäftsverfahren dieses „Marineverständigungs-Konzerns“ ist höchst praktisch eingerichtet. Man „arbeitet“ nach einem recht sinnreich erdachten System. Wie aus einem der vom „Vorwärts“ abgedruckten Formulare ersichtlich ist, muß das Werk, das den ganzen oder einen Teil des Auftrags erhält, 10 Prozent vom Fakturrentwert abgeben; beträgt also der Gesamtwert der Lieferung 3 Millionen Mark, so hat es 300 000 Mark an die Geschäftsstelle abzuliefern. Davon zieht die Geschäftsstelle ein Gehalt für ihre Bemühungen und Unkosten ab; die übrigen 270000 Mark werden an die Werke verteilt, die ebenfalls Offerten eingereicht haben, aber bei der Auftragsverteilung leer ausgegangen sind. Haben drei solcher Werke mitkonkurriert, erhält jedes ein Schmerzensgeld von 90 000 Mark!

Man sieht, ein feines Geschäft — auf Kosten des Staates und der Steuerzahler, die auf diese Art und Weise um manche schöne Millionen geprellt werden. Solcher Patriotismus lohnt sich. Er wirft herrliche Profite ab; und es bleiben auch noch ansehnliche „Beihilfen“ übrig für vaterländische Mütter, die im Kampf für die Ehre des Deutschen Reiches tagtäglich die Kriegstrommel schlagen und schwarz auf weiß beweisen, daß Deutschland seine Flottenbauten unbedingt beschleunigen muß, will es nicht aus jeder Stellung verdrängt werden.

Und derartige „Verständigungs-Ringe“ sind keine vereinzelte Erscheinung. Auch in anderen Branchen gedeihen sie prächtig; nur wird meist das Geheimnis so streng gehütet, daß lediglich ein Zufall die schönen Praktiken an die Öffentlichkeit bringt.

Die Heze.

Stimmung ist die Hauptsache, Stimmung! Drum wird die Auszubergeschichte von Nancy, die unter anderen Umständen mit ein paar Zeilen erledigt gewesen wäre, jetzt, wo die neue Militärvorlage der Annahme harret, von der ganzen „nationalen“ Presse in zahllosen Leitartikeln breitgetreten. Das Treiben einiger betrunkenen nationalistischer Kaufbolde wird dem ganzen französischen Volk zur Last gelegt, und ein obstrues alldeutsches Hezblatt in Berlin schießt den Vogel ab, indem es einen Leitartikel veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Die unanständigste Nation“. Aber die anderen „Post“, „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ usw. bis hinunter zum letzten Kreisblatt heulen auch ganz tapfer mit. Die „Post“ ist dabei auf den famosen Gedanken gekommen, die Babelausbreitungen von Nancy müßten deshalb besonders schwer bestraft werden, weil die Radaumacher glaubten, deutsche Offiziere vor sich zu haben. Woraus hervorgeht, daß es gar nicht so schlimm ist, wenn ein gewöhnlicher Deutscher beschimpft und angepöbelt wird, daß aber eine den Offizieren zugebachtete Beleidigung eine Tat ist, die zum Himmel schreit.

Wir können diese feinen Unterschiede nicht machen und finden darum die Beschimpfung harmloser deutscher Reisender durch ein paar angetrunkene Burtschen unter allen Umständen höchst widerwärtig. Es gibt aber weder in Deutschland noch in Frankreich einen anständigen Menschen, der auf einem anderen Standpunkt stünde. Daß man in Frankreich nicht alle Behauptungen der deutschen Presse ohne weiteres glaubt, sondern den Vorfall objektiv untersucht, ist selbstverständlich. Sollte sich aber der Tatbestand, so wie er jetzt auch von einigen Beteiligten im „Berliner Tageblatt“ geschildert wird, als richtig erweisen, so werden die französischen Behörden ihr möglichstes tun müssen, um die Täter ausfindig zu machen und entsprechend den Gesetzen des Landes zu bestrafen.

Daß das Deutsche Reich wegen eines Bierausfalls nicht 136 000 neue Soldaten braucht, muß vernünftigen Leuten nicht erst bewiesen werden. Die „nationale“ Presse möchte aber das deutsche Volk aus diesem Anlaß in eine Stimmung hineinmanövriert, ähnlich jener, in der sich die Radauhelden von Nancy befanden. Jetzt hofft sie die „Begründung“ zur Wehvorlage gefunden zu haben, die man in den Reden der Regierung und der militärfreundlichen Parteien angeblich gesucht hat. Wie verlegen muß man um Gründe sein, wenn man zu solchen Mitteln seine Zuflucht nimmt!

Dom belgischen Generalstreik.

Die ersten Kinderverschickungen.

Am Donnerstag vormittag ging aus Antwerpen der erste Schub Kinder nach Holland ab. 102 Kinder von freitenden Fabrikarbeitern wurden nach Dordrecht geschickt, wo sie von den holländischen Genossen aufgenommen werden sollen. Die Eisenbahnfahrt wird von der holländischen Grenze ab von den holländischen Genossen bezahlt. Eine gewaltige Menschenmasse begleitete die Kleinen zum Bahnhof. Um der Kindergruppe Durchgang zu verschaffen, mußte eine doppelte Kette von Ordnungsbildern gebildet werden, die aus rechts und links von den Kindern nach blämischer Art Hand in Hand marschierenden Fabrikarbeitern bestand.

Ein böser Meisfall.

Das Hauptorgan der Merikalen Partei, der Brüsseler „Ringtierre Siecle“, brachte am Mittwoch unter der Spitzmarke „Wie man in der Provinz streikt“ ein Bild, das die Papierfabrik in Vimal (Süd-Brabant) in dem Augenblick zeigt, wo das Fabrikrot der Menge der Arbeiter und Arbeiterinnen Durchgang bot. Nun ist es ja richtig, daß in dieser Fabrik, deren erzklerikale Direktion nun sorgfältig geschickte christliche Berufsstreikbrecher beschäftigt, weiter gearbeitet wird. Das Bild aber, womit das fromme Blatt diese Tatsache illustrieren will, ist nicht jetzt, sondern bereits vor mehr als zwei Jahren aufgenommen worden. Das geht unzweifelhaft daraus hervor, daß auf dem Vordergrund eine Gruppe Bäume steht, die seit zwei Jahren verschwunden sind. Fürwahr, eine niedliche Illustration der Wahrheitstreue dieser christlichen Mammoniener.

Deutsche Politik.

Ein treuer Freund der „Mündner Post“. Unser Mündner Parteiblatt schreibt zum Tode des Hofmarschalls und Vermögensverwalters des Königs Otto von Bayern:

„Am 14. April ist der Hofmarschall des Königs Otto von Bayern, Philipp Freiherr von Redwitz, im 68. Lebensjahr plötzlich gestorben. Der Verlebte war ein langjähriger stiller, aber treuer Freund der „Mündner Post“. Die Hofherren werden diesen Nachruf nicht gerne lesen. Der Dichter der „Weber“ mit Orden geschmückt, Gerhart Hauptmann sind zwei Auszeichnungen zu gleicher Zeit zuteil ge-

worden. Der Prinzregent von Bayern hat ihm den königlich bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst verliehen, während er vom König von Griechenland mit dem Offizierskreuz des königlich griechischen Erlöserordens geschmückt ist.

Nach einer „Schweineerei“. Der Kammerherr v. Odenburg hat in einer Bändlerversammlung in Schlochau gesprochen und sich dabei auch recht freimütig über die Zeit des Wilhelms geäußert. Bei der Erörterung der neuen Steuerentwürfe, die er dem Reichstag die Signatur, es sei das radikalste Parlament der Welt. Dann meinte der Kammerherr nach der „Adnigaberger Gartungszeitung“:

„Fürst Bülow war ein sehr kluger Mann, dies konnten am besten diejenigen beurteilen, welche wußten, wie wenig er eigentlich verstand. Er hat sieben Jahre regiert und hat stets die Menschen gefragt, was er tun sollte. Dies ging so lange gut, wie er die richtigen Männer fragte. Sineciple er erst, als er sich bei der Erbschaftsteuer von dem Abg. Bassermann vorrechnen ließ, daß er eine Majorität von fünf Stimmen hätte. Damit war es nicht. Daher sein Abgang.“

Als Bülow den Reichstag auflöste, da machte das Zentrum eine Machtprobe, und als es zur Auflösung kam, ging ich zu Bülow. Er sagte: „Sie sind ein ehrlicher Mann, was wird aus der Sache?“ Ich gratulierte ihm zu seinem Entschluß und sagte: „Wenn der Preusse einen Stück in die Hande bekommt, dann geht der Schwanz in die Höhe.“ Später, als der Erfolg da war, sagte er zu mir: „Sie hatten Recht, der Schwanz ist in die Höhe gegangen.“ (Große Heiterkeit.)

Mein Groll gegen die Nationalliberalen rührt von damals her, als sie uns bei der Finanzreform plötzlich im Stich ließen, trotzdem man erst in der Kommission mit uns ging. In meiner parlamentarischen Tätigkeit bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß wir, wenn wir ausgeschaltet wurden, schlechte Geschäfte nicht gemacht haben. Zum Beispiel bei Veranlassung der elchisch-lobbingerischen Verfassungsfrage haben wir nicht mitgemacht, da wir als Parlamentarier sowohl, als Privatmänner dachten, es wäre eine Schweineerei. Eine Schweineerei ist, daß das Zentrum das deutsche Volk am Gängelbande führen und noch beschömen kann.

Jesuiten nicht gegen Soldaten. Einige süddeutsche Zentrumsblätter protestieren energisch gegen den von der Regierung eingeleiteten Schacher mit dem Zentrum: Mehr Soldaten gegen die Jesuiten. So sagt der „Lahrer Anzeiger“, ein badißches Zentrumsorgan:

„Was uns mit Mißtrauen und Besorgnissen erfüllt, das sind die Umstände, unter denen die „Erhebungen der Regierung“ wegen der Jesuiten erfolgen. Die Zentrumsblätter, die die Jesuiten schreiben von Auswärtigen. Die Verhältnisse sind leider derart, daß man Mühe haben wird, die böse Wirkung dieses Schlagwortes zu paralisieren. Auch dürfen wir der Regierung nicht über den Weg trauen; sie sieht ein derartiger hinterhältiger Schlag gegen das Zentrum ganz gleich. Das Jesuitengesetz läßt sich auf die Dauer doch nicht aufrecht erhalten und deswegen will das katholische Volk, wollen auch die Jesuiten aus begründlichen Gründen selbst nicht, daß die erste und den Katholiken so heilige Sache der Zurückberufung der Jesuiten Gegenstand irgend einer Handelschaft wird.“

Dieser Mahnruf wird nicht viel nützen. Die Zentrumsfraktion treibt den Schacher nunmehr 40 Jahre; und Windhorst war ihr Beichtvater. Aber typisch ist es immerhin, daß dem Zentrumsblatt doch lange wird vor den Wirkungen des politischen Auswärtigen. Eine Milliarde Mehrbelastung gegen ein paar hundert Jesuiten, das ist ein schlechtes Geschäft, welches das deutsche Volk macht.

Ueber die noch zu erledigenden Geschäfte des Reichstages hielt der Senatspräsident am Freitag eine Sitzung ab. Es wurde bestimmt, daß die Arbeiten vor Pfingsten bis zum 30. April fortgeführt werden. Bis dahin sollen die jetzt noch vorliegenden Beschlüsse in zweiter Lesung, dann der Gesetzentwurf in dritter Lesung erledigt werden. Zwischen den beiden Lesungen soll das Gesetz über die Wahlurnen ebenfalls zur Beratung gelangen. Die Ferien sollen wegen der preussischen Landtagswahl bis zum 28. Mai dauern. Die Budgetkommission soll allerdings am 18. Mai bereits zusammentreten. Falls beim Wiederzusammentritt des Plenums aus der Budgetkommission noch kein Material vorliegt, die Militärvorlage in der Budgetkommission noch nicht zur Beratung gegeben ist, soll dann das Gesetz über Staatsangehörigkeit, der Gesetzentwurf über das Verfahren gegen Jugendliche, eventl. das Petroleummonopolgesetz beraten werden.

„Kräfte, die nach oben ziehen!“ Bethmann Hollwegs philosophische Entdeckung am Dreifaltigkeitssonntag: daß es Kräfte in sich birgt, die nach oben ziehen, wird zur bevorstehenden Landtagswahl an ihm und seinen Ministerkollegen demonstriert. Die „Freie Ztg.“ hat folgendes ermittelt:

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrl.

21

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Doch kam neues Leben in die milden Knochen, als die Vorhut meldete, sie hätte zwischen den Felsgruppen eines Hügelkammes Araber gesehen. Die Ungewißheit, ob es Feinde seien oder nicht, dauerte nicht lange. Ein weißblauer Wölfling zeichnete sich freilich ab, dann wieder eines, dem ebenso rasch der Knall folgte. Der Kapitän gab Befehl zum Ausmarschieren. Mit gekrümmten Rücken krochen wir in die nächsten Deckungen. Ich äugte hinüber, sah aber nichts als Gestrüpp und Felsen und Grasbüschel. Vorhichtig schaute ich mein Gewehr nach, ob es auch richtig geladen und in Ordnung sei. Es stimmte. Aber wie ich das Schloß öffnete, merkte ich, daß mir die Hände zitterten. Der Caporal hinter mir kommandierte sprunghaftes Vorgehen. Wir zehn Mann schnellten mit einem Satz in die Höhe, rannten zwanzig, dreißig Meter vorwärts und warfen uns nieder. Während des Sprunges war es drüber lebendig geworden. Es knallte. Nicht vor mir sprangen Splitter von einem Stein, hier war eine Kugel aufgeprallt. Ich bekam ein Gefühl im Galle, als müßte ich ertrinken. Der Stirnschweiß rann mir bis in die Augen, vergeblich mühte ich mich, ihn mit dem Rockärmel aufzutun. „Bisler 400 Meter — Feuer!“ Wie mein Gewehr losging, weiß ich nicht. War das Magazin leer, lud ich von neuem, genau mit denselben Griffen, die mir auf dem Exerzierplatz eingebrüllt worden waren. Meter auf Meter gewannen wir an Boden und rückten dem Feinde näher. Bald hier, bald dort flogen Steinplitter. Mein Nebenmann, der hinter einer Felsgruppe hockte, wurde ins Auge getroffen und fiel um. Es schüttelte mich. Ich mußte an mich halten, um nicht zu erbrechen. Aber ich überwand die Schwäche und mit jedem Schuß, den ich hinausjagte, wurde

Im 28. Bezirk muß Kultusminister v. Troitz zu Solg in der dritten Klasse wählen. Im 3. Bezirk wählen gleichfalls in der dritten Klasse die Minister v. Treitenbach, v. Schorlemer, Sydow, die Staatssekretäre Kraetzle und Kühn. Im 35. Bezirk gehören zu den Wählern der dritten Klasse Minister Bessler und Delbrück und der Reichszentralrat v. Bethmann Hollweg.

Mögen die Herren mit heiterem Gemüt jene „gottgewollte Abhängigkeit“ ertragen, die den Vordellort in die erste Klasse setzt und den Minister seinen Posten anreißt!

Ausland.

Frankreich.

Die Furcht vor dem wehrhaften Volke. Der Generalrat des Departements der Vogesen hat im vorigen Sommer auf einen nationalistischen, von allen anderen Parteien unterstützten Antrag dem Kriegsminister Vorschläge zur besseren Organisation der Grenzwehr für den Kriegsfall gemacht. Darunter: Bildung von Veteranenkompanien, militärischer Vortraining der jungen Leute von 18-20 Jahren und Anlegung von Uniformen- und Waffenmagazinen in jeder Gemeinde bezweckt nachherer Mobilisierung der Reservisten. Trotdem in der Schweiz sogar die Waffe selbst im Hause jedes Wehrmanns aufbewahrt wird und nur die Munition im Gewehrarm der Gemeinden ist, hat der Kriegsminister, als welcher damals in Vertretung Willerauds der Marineminister Delcassé fungierte, alle diese Vorschläge abgelehnt. Neben den sachlichen, offenbar unrichtigen Gründen, die er anführte, ist ihm dabei eine Bemerkung einschlägig, die auf die ganze Ablehnung der Vorschläge hindeutet. Es heißt da: „Der Minister des Innern wird sich wahrscheinlich, namentlich in der industriellen Gebieten des Nordens und Nordostens, der Anlage wichtiger Waffenmagazinen, die den Gemeindevätern anvertraut oder von einigen Gendarmen geschützt wären, widersetzen.“ — Der Generalrat hat nach Befragung des ministeriellen Bescheides beschlossen, bei dem Minister anzufragen, welches denn die Gründe der von ihm als wahrscheinlich angenommenen Haltung des Ministers des Innern seien. Eine Antwort darauf ist nicht bekannt geworden. Aber diese Gründe liegen ja auf der Hand und werden durch die besondere Hervorhebung „namentlich der industriellen Gebiete“ noch unterstrichen. Es ist einfach das böse Gewissen der Machthaber, die Geschäftsführer gegen das Volk sind und demgemäß ein Volk, das inständig ist, seinen Willen zur Tat zu machen, ängstlich fürchten. Sagte doch schon Moltke, daß die Waffen leicht auszugeben, aber nur schwer zurückzubekommen seien. Und diesem Gesichtspunkt wird auch das Interesse der Landesverteidigung, mit dem diese Patrioten sonst immer ihre Beschlüsse machen, rücksichtslos geopfert. „Welch infame Massenspolitik zum Schaden der Landesverteidigung!“, jagt dazu die „Gammelt“. „Schwarz auf weiß ist hier die Furcht der Bourgeoisie ausgegeben. Wenn man unseren Vorschlag der Volksbewaffnung ablehnt, so darum, weil man sich fürchtet, das Volk zu bewaffnen.“

Rußland.

Eine Stimme über die Schlüsselburger Schreden. Aus Petersburg wird uns vom 16. April geschrieben: Den Schlüsselburger Gefangenen ist es lochen gelungen, eine knappe Schilderung der Torturen, denen sie in neuerer Zeit ausgegesetzt sind, an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Es ist ein verzweifelter Appell an das Gewissen der Dumaabgeordneten, die da behaupten, Volkswortreter zu sein und für Russlands Glück zu sorgen. Wie man aus den für die Duma bestimmten Angaben ersieht, war in den schlimmsten Tagen der Vergangenheit, als die Schlüsselburger Festung der Ruf einer ins Kosakentum überföhrten Bastille führte, das Regiment dafelbst nicht so grausam wie jetzt, da Rußland angeblich ein Verfassungsstaat geworden ist. Niemand wird geköhnt, Schwindsüchtige, Epileptiker, Epileptiker, Hergotzfräule werden ab der geringsten Vergehen, ja ohne jeden Anlaß in den fürchterlichen Kaserne geworfen und dort wochenlang gefesselt. Eine Enquete unter 68 Strafgefangenen hat ergeben, daß 50 von ihnen allein im Jahre 1913 im Schlüsselburger Grab, im sogenannten Kaserne, 3488 Tage interniert waren. Durch die Kaserne ist der Tod einer ganzen Reihe von Häftlingen, wie Stroboduchow, Silorski, Amosofew, Duban, Jettimow, Kudaschew usw. herbeigeföhrt worden. In einzelnen Fällen mußte selbst die unmensliche Schlüsselburger Gefangenenverwaltung die mit Kaserne „bestrauten“ Gefangenen noch vor Ablauf der Straffrist vom Kaserne direkt ins Lazarett überföhren, nachdem sie dazu durch grausame Prügel des Häftlinge beigetragen hatte. So ist jetzt die Schlüsselburger Festung

abermals eine der schrecklichsten Kollerkammern Russlands geworden. Allerdings teilt sie ihren Ruhm mit einer großen Zahl anderer russischer Kerker (s. Niga, Orjol, Berentia u. a.) und monopolisiert nicht mehr wie früher für sich die Einrichtungen der Inquisition.

Amerika.

Die Intellektuellen und der Sozialismus. Professor Charles Jubelin von der Chicagoer Universität sagt: „Sie mögen den Sozialismus billigen oder nicht, aber es muß mit ihm gerechnet werden und Sie sind verpflichtet, wenigstens etwas davon zu wissen. Die meisten Studierenden sind Sozialisten — und die meisten intelligenten Leute überhaupt. Sie mögen das nicht glauben, aber wenn Sie die Mühe nehmen, nachzuforschen, werden Sie überzeugt sein. Leute, die nie Bücher lesen, sind keine Sozialisten.“ — Der größtenteils akademische Charakter der sozialistischen Bewegung in Amerika (und auch England), die weite Arbeiterschichten heute noch nicht erfaßt hat, ist damit gut gekennzeichnet.

Die Fremdbornen in den Vereinigten Staaten. Nach der Volkszählung vom November 1910 gab es unter einer Bevölkerung von 92 092 000 (ohne Porto Rico) 13 515 900 in fremden Ländern Geborene, davon 7 667 750 männlichen, 5 848 140 weiblichen Geschlechts. 14,7 Proz. über ein Sechstel der Bevölkerung, kamen also unmittelbar aus dem Ausland. Den größten Anteil hat nach immer Großbritannien mit 2 578 600 (England 877 800, Wales 82 500, Schottland 261 100, Irland 1 352 200), dem das Deutsche Reich mit 2 501 300 in kurzem Abstand folgt. In dritter Stelle stehen Österreich-Ungarn mit 1 876 600. Dann Rußland (1 602 800), die skandinavischen Länder mit 1 880 400 (Schweden mit 665 200, Finnland 129 700, Norwegen 403 900, Dänemark 181 650), Japan (1 941 000), Kanada (1 204 600). 1 140 100 waren aus den Niederlanden, 129 800 aus der Schweiz, Mexiko 221 900. Aus Griechenland kamen 101 800, der Türkei 92 000, den Balkanstaaten 87 400, China hatte 50 750, Japan 67 750 Einwanderer entfalt. Im Verhältnis zur Bevölkerung ihrer Heimat ist der Anteil der Fremdbornen meistens am größten: über 30 Proz.! Dann folgen die Norweger mit 17, die Kanadier mit etwa ebenfalls, die Schweden mit 12 Proz. Die im Deutschen Reich Geborenen machen knapp 4 Proz. der Gesamtbevölkerung aus. Interessant ist das Geschlechterverhältnis der Geschlechter. Auf 100 im Ausland geborene Frauen kamen 131 Männer. Der Männerüberschuß ist hier 1818 600, mehr als der ganze im Jahre 1900 in den Vereinigten Staaten gezählte Zuwachs. Letzterer ist also ganz auf die höhere männliche Einwanderung zurückzuführen, aus der ungeachtet der Frauenüberschüß vieler europäischer Länder zum guten Teil zu erklären ist. Aus dem Deutschen Reich waren 180 200 mehr Männer als Frauen gekommen (1 887 800 gegen 1 168 600). Weit größer war der Männerüberschuß aus Rußland (927 200 gegen 675 600), Ungarn (306 500 gegen 100 100), Italien (880 900 gegen 469 200) bei diesen beiden handelt es sich vielfach um nur vorübergehende Auswanderung. Noch mehr wird das für die Länder gelten, bei denen der Frauenanteil nur minimal ist: Griechenland mit 98 400 männlichen, 7800 weiblichen Einwanderern, China (55 000 — 1800), Japan (60 800 — 7000). Kanada entfaltete nur 7800 mehr Männer als Frauen. Aus Irland ist das einzige Land, das einen Frauenüberschüß entfalt hat: 740 700 weibliche gegen 611 600 männliche Auswanderer.

Badische Politik.

Für die Wackeraktif

legt sich die gesamte Zentrumspresse des Landes jetzt mit aller Verbe ins Zeug. Es soll mit der von Wacker herausgegebenen Broschüre der letzte verzweifelte Versuch gemacht werden, eine großjüggige Aktion der Linksparteien Zentrum und Konservative zu vereiteln. Wacker versucht an Sand der Wahlstatistik die Nationalliberalen von der Zweckmäßigkeit eines Zusammengehens mit dem Zentrum zu überzeugen. Daß er damit kein Glück haben wird, geht sowohl aus der Haltung der nationalliberalen Presse, als auch aus Reden nationalliberaler Führer hervor. So äußerte sich Herr Landtagsabg. Dietrich in einer liberalen Versammlung in Kenzingen wie folgt: „Der Zentrumsführer Wacker habe in letzter Zeit wiederholt den Nationalliberalen Wahlhilfe in einigen Bezirken angeboten, Scheinbar um der Sozialdemokratische Mandate zu entreißen. In Wirklichkeit gehe seine Taktik darauf hinaus, es den Nationalliberalen unmöglich zu machen, in der Stichwahl mit den Linksparteien zusammenzugehen. Den Gewinn hätten dann das Zentrum und die Kon-

ich ruhiger und sicherer. Ich merkte das daran, daß ich nicht mehr ins Blaue hineinsoß und bei jedem Witz die Augen zudrückte, sondern eifrig auspähte und Ziele suchte. Die anderen sprangen weiter vor. Ich konnte nicht gleich mit, da ich es nicht wagte, den Fels hinunterzuspringen. Als ich an dem Gefallen vorbeikroch, nahm ich ihm die Patronen ab. Auf Knien und Ellenbogen schaffte ich mich weiter und lag bald wieder in der Feuerlinie. Auch der Hauptmann kam herbeigekrochen und trieb uns zum Vorgehen an. Schließlich schrie er: „Aufspringen!“ Noch eine kurze Rastpause, dann ging es im Sturm vorwärts den Hügel hinauf. Nun wurde es im Gestein lebendig. Der Feind zog sich heftig fernend zurück, bevor wir ihn erreichten, wir in einem fort hinterdrein, bis wir oben auf der Gruppe standen. Da erkobte das Signal: Halt! Wir mußten die Verfolgung ausgeben. Die Araber hatten ihre Verbundenen mitgenommen. Von uns selber waren zwei gefallen und einige leicht verwundet, darunter auch der Wälthauer, der einen Schuß in den linken Oberarm bekommen hatte. Anfanglich glaubten wir, die Zahl der Gefangenen sei größer, denn drei Stück lagen am Boden und rührten sich nicht. Wie sich aber herausstellte, war ihnen in der Angst bloß etwas Menschliches begegnet, was sie am Aufstehen und Gehen hinderte. Es war zu begreifen, die drei standen heute zum erstenmal im Feuer. Nachdem die Verbundenen verbunden, die Toten begraben, die Hosen ausgedrückt waren, ging es nach Biskra zurück. Der Hauptmann hatte uns Wein versprochen und hielt Wort. Wir kehrten in einer Wirtshaus ein, wo wir zwei Stunden lang trinken konnten, so viel wir wollten. Es blieb keiner nüchtern. Wieder fingend und die Einheimischen ausbottend, torfelten wir nach der Kaserne zurück. Der Wälthauer kam ins Lazarett und wurde drei Wochen später geheilt entlassen. Ich hatte ihn einigemal besucht, das rechnete er mir hoch an.

Die nächste Zeit wurde ausgefüllt mit kleineren Märchen in die Umgegend. Sonntags vergnügten wir uns in Wirtshäusern oder arabischen Kaffeehäusern. Selten ging eine Woche vorbei, ohne Streiftaktionen. Der Haupt-

mann sagte, wenn diese nicht aufhörten, müßte er schärfer werden und mehr Dienst ansetzen. Aber auch diese Drohung nützte nichts. Regionärsblut verträgt sich halt nicht mit anderen Rassen. Auch nach Freiwillingen für Konfin wurde gefragt, es meldete sich niemand. Die Unruhen im Süden dauerten fort und mehrten sich. Es hieß, daß wir auf eine Station ganz im Süden geschickt würden. Das traf auch zu. Fünfzig Mann wurden ausgeselct, darunter ich und der Wälthauer, der infolge des letzten Gefechts zum Sergeanten aufgerückt war und mir von seiner Abnung immer etwas steckte. Ein junger Leutnant bekam die Führung und wir marschierten. Nach faststägigem Marsch kamen wir nach Tugurt, wo wir zwei Tage Marschpause hatten und dann eine Karawane begleiteten. Unterwegs starben zwei an Fieber. Einer wurde verrückt und schob nach dem Leutnant, traf aber nicht. Wir hatten alle Mühe, ihn zu bändigen und mitzuführen. Die Nächte waren sehr unruhig. Fast jeden Augenblick wurden wir durch die Alarmstöße der ausgeposteten Posten geweckt. Auch am Tag waren wir von Reitergruppen umschwärmt, die aber nie auf Reidsweite herankamen. Im Fort Vallemand wurde unser Munitionsvorrat ergänzt, dann marschierten wir nach Westen ins Gebirge hinein.

Nach drei Tagen kamen wir an die für uns bestimmte Station. Die war ein verwalltes Wellblechhaus ohne rechte Türen und Fenster und lag auf einem kleinen Hügel, der die tiefer liegende Dale beherrschte, die zwei Brunnen und etwa fünfshundert Dattelpalmen umfaßte. Die früheren Wachabteilungen hatten hier viel verübt und verschändelt. Nur ein Brunnen gab Wasser, der andere lag verschüttet und war leer. Von den Dattelbäumen standen viele bür, weil die Stämme über Wagen angebohrt waren. Wir richteten uns zunächst wohllich ein. Der Herd wurde in Ordnung gebracht. Dann jammelten wir Galfagnas, schnitten es klein und dermischten es mit Leim und gaben Klumpen. Mit diesen stopften wir die Löcher im Dach und in den Wänden aus.

Nach Tage nach unserer Ankunft kam ein Transport vom Fort Vallemand mit Proviant für sechs Wochen und

... kamern ...

... Professor Charles ...

... Nach der ...

... des jetzt mit ...

... er schärfer ...

... die bestimmte ...

... transport ...

... transport ...

... transport ...

servativen. Die Vernichtung der Nationalisten sei ...

Nach die „Bad. Landeszeitung“ nimmt gegen die ...

Die Abgabe, welche die Waderpolitik von national ...

Die Gleichsetzung von 1848/49 mit 1905 und 1913 zeigt ...

Die Zustände in der Generaldirektion der Staats-

haben durch die Rede des Karlsruher Oberbürgermeisters ...

Der nächste Landtag wird sich allen Ernstes mit der ...

Der „Bad. Beobachter“

kommt noch einmal in einem längeren Artikel auf die ...

Munition und einer Geheimordre für den Leutnant. Als ...

Sobald die Instandsetzungsarbeiten beendet waren, ...

Wir aber wußten vor Freiheit nicht, wie wir die Stun ...

(Fortsetzung folgt.)

ist auch ganz und gar gleichgültig. Die Sozialdemokratie ...

Sozialdemokratie und Freidenkertum behauptet, richtig, ...

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. April.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11.20 Uhr.

Der Reichstag wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Wenn die gestrigen Mitteilun ...

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

- Dienstag, 22. April. 37. Vorst. auß. Abom. Gesamtspiel ...

In Baden-Baden:

Dienstag, 22. April. 32. Ab. Vorst. „Der Postillon von ...

Sonntag, 27. April. 33. Ab. Vorst. „Gustavfischer“, Lustspiel ...

Für das Gastspiel des Mannheimer Hoftheaters mit „Auf ...

Kriegsminister hat das hohe Lied von dem Patriotismus der ...

Abg. Götting (nat.): Wir gehen nicht auf den Fall ...

Kriegsminister v. Heeringen: Wo Mißstände bei den ...

Abg. Dr. Dove (fortsch. Sp.): Was der Abg. Diehlrecht ...

Abg. Dr. Diehlrecht (Ges.):

Der Kriegsminister hat mir gesagt, es seien mili ...

Es sind Geheimnisse verraten worden,

das müßte dem Kriegsminister bekannt sein. Er müßte mit ...

Firma Krupp an Napoleon

gewandt hat. Es ist da von den Günstlingen die Rede, ...

einer viel größeren Bedeutung

als durch die Affäre bei Krupp angedeutet wird. Der Panzer ...

Rüstungsindustrie ist und wenn das, was ich hier vorgetragen habe, bei der Firma Krupp, der höchst angesehensten aller dieser Fabriken, vorkommt, und nicht mehr bestritten werden kann, was für ein Licht wirft das auf die gesamte Rüstungsindustrie. Die allergrößte Vorsicht ist geboten. Der Kriegsmilitär mußte eine Enquete einleiten, die in der rücksichtslosesten Weise durchgeführt wird. Ich habe beim Kriegsminister allgemeine Konsequenzen vermisst. Das Konglomerat ist nicht deutsch, sondern international. Ich habe nachgewiesen, daß die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in der ausländischen Presse falsche Nachrichten verbreitet, um auf diese Weise in Deutschland für eine neue Heeresvorlage Stimmung zu machen. Ich habe nachgewiesen, daß die Firma Krupp mit Verbindungen arbeitet, mit den Mitteln des Verrats militärischer Geheimnisse und daß sie damit seit Jahren bereits arbeitet, und zwar mit Kenntnis hoher Angestellter dieser Firma. Das sind Dinge von allergrößter Bedeutung, die dazu führen müssen, daß die Stellung des Reichstags zu der Frage unserer Rüstungen geändert werden muß. Die Vorsehung ist aber auch keine Kleinigkeit. Dies Vorgehen heißt die Beamten korumpieren und sie reif machen für Bedrohungen aus dem Auslande. Das ist doch aber keine hochherzige patriotische Gesinnung, für die der Dank abgesehen werden muß. Diese Leute, die in der Firma Krupp sitzen und die solche Geschäftspraktiken ausgeführt haben, das sind dieselben Leute, denen der größte Teil der Milliarden gezahlt werden soll aus dem deutschen Volke. Das sind dieselben Leute, die der Sozialdemokratie den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit machen. Diese Vaterlandslosen dürfen gerichtet sein mit ihrem Verfahren, das an Hoch- und Landesverrat grenzt. Ich habe meine Schuldigkeit getan. Der Herr Minister wird seine Schuldigkeit noch zu einem großen Teil zu tun haben. Es darf nichts verschleiert und nichts vertuscht werden. Es handelt sich hier um ein Panama. Wir wollen abwarten, ob die Regierung die nötige Energie finden wird, um auch der allmächtigen Kraft gegenüber mit der nötigen Wirkung einzugreifen und wir wollen abwarten, ob auch die Mehrheit dieses Reichstages die erforderliche Schlussfolgerung ziehen wird, im Interesse des deutschen Volkes, im Interesse des Friedens Europas. (Lebhafte Zustimmung.)

Kriegsminister v. Heeringen: Landesverrat liegt nicht vor. In die Untersuchung kam ich nicht einmischen. Die Verurteilungsbemühungen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik gingen dahin, Anhaltspunkte über die Absichten der französischen Armee zu erhalten. (Lachen links.) Mit dem Dillinger Wert haben wir nichts zu tun.

Abg. Dr. Dertel (konf.): Die Zusammensetzung des Dillinger Wertes ist nicht glänzend und bedenklich, ebenso die Angelegenheit der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. Was den Fall Krupp anlangt, so ist unser Standpunkt klar. Sollte ein höherer Beamter oder die Firma Krupp an diesen Angelegenheiten beteiligt sein, so würden wir nicht genug dafür Worte der Verurteilung finden. Ohne Gerichtliches müssen wir uns allerdings darauf beschränken, bedingte unsere Verurteilung auszusprechen.

Abg. Dr. Brabant (Fortf. Sp.): Wir glauben, daß hier ein mangelhaftes Urteilsvermögen des Beamten vorgelegen hat. Man muß sich aber vor der Verallgemeinerung hüten.

Abg. Dr. Spahn (konf.): Es ist richtig, wenn sich der Kriegsminister nicht in eine schwebende Untersuchung einmischen. Er sollte und aber möglichst rasch und vollständig unterrichten. Kriegsminister v. Heeringen: Dazu bin ich gerne bereit, sobald es gerichtlich angänglich ist.

Abg. Dr. Hegenfelde (Mpl.): Der Abg. Liebknecht hat versucht, den Herrschaften Schwierigkeiten zu machen, zumal seine Darstellungen übertrieben waren. Sollten sich unredliche Wagenfahrten herausstellen, so sind wir die ersten, die sie verurteilen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Mit eisernem Wesen muß da ausgelehrt werden. Ich hoffe, daß dies geschieht. Das Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt. Sämtliche Resolutionen werden angenommen. Die Duellfrage geht an eine besondere Kommission.

Beim Kapitel „Militärjustizverwaltung“ begründet Abg. Kunert (Soz.) eine Resolution seiner Partei um Aufstellung einer genauen Statistik über die Kriminalität in Meer und Marine. Das Kapitel wird bewilligt und die Resolution angenommen.

Zum Kapitel Persönliche Adjutanten bei den Führern und Prinzen liegen zwei Resolutionen bezüglich der Zahl der persönlichen Adjutanten vor.

Kriegsminister v. Heeringen: Wenn die erste Resolution verlangt, daß der Reichstanzler bis zur dritten Lesung des Etats alle Vorbereitungen zu einer entsprechenden Verminderung der Zahl der persönlichen Adjutanten treffen soll, so liegt hier ein Ding der Unmöglichkeit vor. Nach kurzer Debatte wird die Resolution angenommen.

Beim Titel „Militärkorps“ weist Abg. Jübel (Soz.) auf die ständig wachsende Konkurrenz der Militärkapellen hin. Angesichts der Militärkapellen müßten weitere Maßnahmen für die Zivilmusik getroffen werden.

Generalleutnant Wambel: Eine erneute Prüfung der Frage seitens der Militärverwaltung hat ergeben, daß Mängel zurück nicht vorliegen. Alle Beschwerden werden geprüft. Eine völlige Unterbindung der Militärmusik darf schon im Interesse der Kunst nicht stattfinden.

Sächsischer Generalmajor Frhr. Lenzart v. Weisdorf: Die von dem Abg. Jübel vorgebrachten Beschwerden über die Konkurrenz der sächsischen Militärkapellen sind übertrieben. Nach weiterer Debatte wird der Titel bewilligt. Beim Kapitel Naturverpflanzung erklärt auf eine Anregung des Generalmajors Staabs: Eine Aufbesserung der Marschmusik ist in Erwägung gezogen. Ein Bedürfnis, die Stellen des Garnisonmusikmeisters in mittlere Beamtenstellen umzuwandeln, liegt nicht vor. — Beim Kapitel „Welleitung und Ausrüstung“ der Truppen erklärt auf eine sozialistische Frage über die Verhältnisse in den Straßburger Militärerkantungen Generalmajor Staabs: Der Vorwurf, daß die Bekleidungsunternehmungen treiben, trifft nicht zu. Bei der Vergütung der Arbeiter werden die Meister ausdrücklich verpflichtet, angemessene Löhne zu zahlen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird die Weiterberatung auf Montag nachmittags 12 Uhr vertagt. Außerdem Etat des Reichsschatzamt. Schluß 4.45 Uhr.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 19. April.

7. Meineid.

Der heutige Sitzungstag des Schwurgerichts brachte unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. D. Müller die Anklage gegen das 22 Jahre alte Dienstmädchen Anna Gillemann aus Durlach, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft, wegen Meineids.

Die Angeklagte war beschuldigt, daß sie vor einer zur Abgabe von Eiden zuständigen Behörde, wissentlich ein falsches Zeugnis mit einem Eid bekräftigt hat, indem sie am 1. Dezember 1910 vor dem hiesigen Amtsgericht in Sachen ihres unehelichen Kindes Hans Rich. Gillemann gegen Zimmermann Rudolf Haus aus Kuppenheim wegen Unterschlags als Zeugin wider besseres Wissen nach Verlesung der von ihr vor dem Amtsgericht

Mastatt in gleicher Sache am 8. November 1910 gemachten Angaben: „Der Beklagte hat mir damals angegeben, er heiße Fritz Stoll, näheres gab er mir nicht an. Ich kam dann bis September wiederholt mit ihm zusammen in Baden und Karlsruhe und trat zu ihm in nähere Beziehungen. Er gab mir sein Bild als Andenken. Bezüglich seines Berufes sagte er zu mir einmal, er sei Schriftsteller; in der Person des Beklagten künste ich mich nicht.“ — auslegte: Das ist alles richtig, insbesondere bekräftige ich nochmals, daß ich mich in der Person des Beklagten nicht täusche“, und diese Angaben bekräftigte.

Wie aus der Verhandlung hervorging, war die Angeklagte früher Dienstmädchen und später als Küchenmädchen oder Köchin in Wirklichkeit tätig. Sie zeigte stets eine große Neigung für das starke Geschlecht, was zu zahlreichen Liebschaften führte. Dieser Lebenswandel der Angeklagten blieb nicht ohne Folgen. Am 16. April 1910 gebar die Gillemann ein Kind, das den Namen Hans Richard erhielt. Bei der Feststellung über die Vaterschaft durch das Vormundschaftsgericht gab die Angeklagte an, der Vater sei ein gewisser Fritz Stoll, der bis Späthjahr 1909 bei dem Artillerieregiment Nr. 30 gedient und den sie in Baden kennen gelernt habe. Sie legte auch eine Photographie des Stoll vor, dessen Heimat und Aufenthalt nach ihren Angaben ihr unbekannt waren. Die Photographie, welche einen Soldaten darstellte, wurde an das Artillerieregiment in Mastatt gesandt mit der Bitte um nähere Angaben über die photographierte Person. Das Regiment konnte bald ermitteln, daß es sich bei dem Bilde um den Zimmermann Rudolf Haus aus Kuppenheim handelte. Dieser wurde nun als Vater des Kindes in Anspruch genommen. Er bestritt aber ganz entschieden, daß ihm diese Eigenschaft zukomme, und weigerte sich, eine Unterhaltungsrente zu bezahlen. Von dem Vormund des Kindes wurde nun Haus auf Zahlung der Rente verklagt. Der Prozeß war bei dem Amtsgericht Mastatt andächtig. In dem ganzen Verfahren stellte Haus in Abrede, der Vater des Kindes zu sein. Er gab wohl zu, die Gillemann gekannt und ihr keine Photographie gesandt zu haben, er erklärte aber, daß zwischen ihnen keinerlei intime Beziehungen unterhalten worden seien. Das Gericht ordnete deshalb die Einvernahme der Frau Gillemann an, die am 8. November 1910 in Mastatt in Anwesenheit des Beklagten erfolgte. Die Angaben der Angeklagten, die oben im Wortlaute schon mitgeteilt sind, wurden zu Protokoll genommen und von ihr, nachdem sie inzwischen in Karlsruhe in Stellung gegangen war, vor dem hiesigen Amtsgericht am 1. Dezember 1910, als der Wahrheit entsprechend, bekräftigt. Da verschiedene Umstände dafür sprachen, daß die Gillemann sich des Meineids schuldig gemacht habe, wurde später gegen sie ein gerichtliches Verfahren eingeleitet. In dessen Verlauf und auch heute noch sie zu, unter ihrem Eide die Unwahrheit gesagt zu haben. Die Behauptungen des Haus entsprächen den Tatsachen. Auf den Gedanken, den Haus als Vater anzunehmen, war die Angeklagte gekommen, weil sie bei ihrem leidenschaftlichen Lebenswandel niemanden als Vater zu bezeichnen vermochte. Sie nahm an, daß es ihr mit Hilfe der Photographie und den unwarren Angaben gelingen werde, den Haus haftbar zu machen.

An die Geschworenen war nur eine Frage gerichtet, eine Schuldfrage wegen Meineids, deren Beantwortung bei dem vollen Gehörnisse der Angeklagten nicht schwer fiel. Die Frage wurde bejaht.

Das darauffolgende ergangene Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Die Staatsanwaltschaft war in diesem Falle durch Staatsanwalt Dr. Rudmann vertreten. Verteidigt wurde die Angeklagte durch Rechtsanwalt E. Müller.

Freiburg, 20. April. Ein Händler aus Gottenheim hatte sich über der hiesigen Strafammer wegen Süßholzwandels zu verantworten. Der Angeklagte, welcher unter Mithilfe anderer noch nicht ermittelter Personen 40 Kilo Sagarin eingeschmuggelt hatte und an einer weiteren Schmuggelerei beteiligt war, wurde im ersten Falle unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft zu 6 Monaten Gefängnisstrafe und 1400 M. Ersatzstrafe, im zweiten Falle zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Partei.

Untergrombach, 20. April. Die auf gestern abend abgetragene Generalversammlung war äußerst schicklich besucht. Es fehlte die gesamte Verwaltung. (1) Nachdem die Parteiverhältnisse am Orte besprochen waren, wurde von den anwesenden Mitgliedern und dem der Versammlung anwesenden Vertreter des Kreisverbandes, Gen. A. Lele-Karlsruhe, Gen. Karl Wangen, Weingartener Straße 31, einstimmig zum Vertrauensmann bestimmt. Weiter wurde eine Neuregelung des Kassierenswens vorgenommen. Es wurde beschlossen, daß am Samstag, 24. Mai, abends 9 Uhr, in der „Krone“ eine außerordentliche Generalversammlung stattfindet, bei welcher wir erwarten, daß dieselbe besser besucht wird, wie die gezeigte. Hoffen wir, daß nuncmehr die örtlichen Parteiverhältnisse wieder frisches Leben gewinnen, so daß wir am Schluß des Jahres einen Fortschritt verzeichnen können, denn Stillstand ist Rückschritt!

Genosse Emil Sonnemann (Jürgen Brand), der gemäßregelte Bremer Volksschullehrer, ist vom sozialdemokratischen Verein in Bremen mit einem Jahresgehalt von 2000 M. in den Dienst der Jugendbewegung gestellt worden. Daneben gibt Genosse Sonnemann eine Korrespondenz „Aus Natur und Gesellschaft“ für die Parteipresse zur Förderung unserer Jugendbewegung heraus.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* Beleidigungsprozeß. Vor dem hiesigen Schöffengericht fand die Klage des Hauptlehrers R. H. H. gegen Hauptlehrer Verberich, dem bekannten Zentrumsführer, ihre Erledigung, indem das Gericht Herrn Verberich der öffentlichen Beleidigung des Herrn H. H. H. für schuldig befand und ihn zu einer Geldstrafe von 50 M. und Ertragung sämtlicher Kosten verurteilte. Wie bekannt, sind die beleidigenden Äußerungen des Herrn Verberich in einer Zentrumsversammlung Anfang Dezember v. J. in der „Dauhofstraße“ gefallen, als Verberich von H. H. H. gepöbeln und Schlägerausflug im Sommer v. J. einer Artikel unterzog. Die führenden Geister des Zentrums hatten sich laut „Bruchsal“ damals aufgeregt, daß H. H. H. den Schülern erlaube habe, auf fraglichen Ausflug Badehöfen mitzunehmen, sowie darüber, daß die katholischen Schüler des H. H. H. durch diesen Ausflug dem Gottesdienst ferngehalten werden sollten, ohne daß auf ihr religiöses Empfinden genügend Rücksicht genommen wurde. In der Widerklage, die Verberich gegen H. H. H. angebracht hatte, wurde dieser freigesprochen, da das Gericht H. H. H. den Schutz des § 193 R. St. G. B. W. Anwendung berechtigter Interessen, angesehen ließ.

Offenburg.

— Gewerkschaftskartell. Am Mittwoch, 23. April, abends 8 Uhr, fand eine außerordentliche Kartellversammlung statt. Wir erlangen die Delegierten aus pünktlicher und zahlreicher Erscheinung; es liegt mir in ihrem eigenen Interesse.

Rannentweier, 19. April, 20. April. Aus dem Rhein wurde die Klage des hiesigen Dienstmädchens Anna Heißler gegen Haus, das sich im März v. J. in Freiburg in die Dreifam ge

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 21. April.

(Dritter Verhandlungstag.)

O. B. Siegrist eröffnet 3 1/2 Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. In der Beratung des Voranschlags wird bei Punkt

12. Spar- und Pfandleihkasse

fortgefahren. Stadtd. F. Mees empfiehlt die Annahme des Prüfungsausschusses. — Stadtd. Peter spricht über das Hypothekenswesen. Die Not der Grund- und Hausbesitzer in der Beschaffung zweiter Hypotheten ist eine große geworden. Die Gründung einer Hypothekenbank könne nicht länger hinausgeschoben werden. Weiter spricht Mees über einem gemäßigten Unternehmen das Wort, das besser den Bedürfnissen nachkommen könne wie die Stadt allein. Die Stadt solle mit den anderen badischen Städten ins Benehmen treten. — Stadtd. Hof bedauert, daß nichts hat abgeleitet werden können, aber diese Ersparnis brauche uns keine Sorge zu machen, denn alle Städte haben diese Misset. Die 80 000 M. werden bei Verringerung der politischen Lage und Hebung der Kurse wieder heringebracht werden. Die Bestimmungen mit der Wit- und Rückversicherungsgesellschaft sind derart, daß sich die Hausbesitzer mit Haut und Haaren der Gesellschaft beschreiben würden. Zu empfehlen wäre eine Genossenschaftsgründung gemeinsam zwischen Stadt und Hausbesitzern. Die Zinstreider bei den Sparkassen hat zur Folge, daß die Mieten steigen und die Mieter doch wieder den Mehrgewinn aus dem erhöhten Zins hergeben müssen. Bedauerlich ist, daß eine große Anzahl Bürger ihre Gelder wegen einer kleinen Erhöhung des Zinsfußes in der Nachbarschaft hier ihr Geld abgeben und dorthin tragen. Auch die Arbeiterfrage hat ein Interesse daran, daß ein gesundes Verhältnis geschaffen wird. Auch die Vautätigkeit sei zu einer Kalamität angeartet, wenn man betrachtet, wie schwer kleine Wohnungen zu erhalten sind, es ist tatsächlich ein Mangel an kleinen Wohnungen. Wäre die Gartenstadtgesellschaft nicht vorgegangen, so würde hier ein Mißstand herrschen wie in keiner Stadt in Deutschland. Es ist Tatsache, daß Leute in Gruppen und Gartenhäusern wohnen müssen, weil sie keine kleinen Wohnungen bekommen können. Was denkt der Stadtrat dagegen zu tun? — Magistr. Kleinhardt hält es auch wenig tröstlich, daß die Verhältnisse infolge der Kriegslage sich so gestaltet haben; auch im neuen Jahre ist noch keine Verringerung eingetreten. Seit einigen Tagen werden wieder Hypotheken ausgegeben. Die Sparkasse ist jedem Ansturm gewachsen. Die badische Regierung dringt auch darauf, daß ein gewisser Bestandteil des Vermögens der Sparkasse in Staatspapieren angelegt wird. Das ist auch wieder mit Kursverlusten verbunden. Die Hoffnung, daß die Kurse sich in Kürze bessern, ist sehr gering. Die Stadt ist gleichfalls nicht in der Lage, zweck Hypotheken zu geben. Leicht ist die Sache nicht. Der Vorschlag der Wit- und Rückversicherungsgesellschaft hat Bedenken, die Stadtd. Hof sicher erkannt hat. Durch Reibkassapital der beteiligten Interessenten und die Städte könne wohl ein Initiativ geschaffen werden, das den Bedürfnissen gerecht werden könne. — Stadtd. Haas hält auch den Stützpunktvertrag für bedenklich. Die Gesellschaft werde sich ein Monopol sichern. Das Wohnungsmonopol mußte kommen bei der fortgesetzten Belastung des Hausbesitzes. — Stadtd. F. Mees glaubt, daß die Verringerung des Geldes nach auswärts auch daher rühre, daß die Einleger beschränkt, die Steuerbehörde keine Auskunft bei der Sparkasse verlange. Wenn sie es aber läte, dann läte sie es auch in Durlach. Was die Beschaffung zweier Hypotheken betreffe, so sei das richtige, ein gemeinsames Unternehmen zu gründen. Aber das Hypothekensystem siehe jeder Form dieser Gesellschaft entgegen. Das Ministerium sei auch äußerst zurückhaltend mit der Erlaubnis zur Verwendung städtischer Gelder zu Hypotheken. Wenn es die Verwendung zulasse, so mache es große Schwierigkeiten. Die Vorschriften sind zu ungenügend und zu weitgehend. Aber immer bestrebe die Schwierigkeit der Gelbeschaffung. Die Vautätigkeit scheint in diesem Jahre recht lebhaft zu werden. In den letzten Jahren ist sie sehr zurückgefallen gegen früher. Es herrsche andererseits auch früher eine große Ueberproduktion. Wenn es gelingt, Geld zu beschaffen, dann solle es aber nicht verwendet werden für solche, die Hypotheken haben, sondern für solche, die bauen wollen. Begrüßenswert wäre es, wenn auch die Baugenossenschaften die Situation erfassen würden und selbst Maßnahmen ergreifen würden. (Stadtd. Schwall ruft: Straßen herstellen!) Das sei schwer, rascher Straßen herzustellen wegen des vielen in Privatbesitz befindlichen Geländes und der damit verbundenen Umlegungen. Eine ganze Reihe von Umlegungen, besonders im Veierheimer Feld, seien nun bekräftigt worden. Der Fehler sei auch, daß viele Privatbesitzer sich zurückhalten, weil sie hoffen, immer mehr herauszukommen. Es liegen solche Grundstücke mitten in der Stadt. Hoffentlich ändere sich auch das mit der Fertigstellung des neuen Bahnhofs. — Stadtd. Obmann Frey bringt einige Beschwerden vor, besonders bezüglich des Bauplazes am Karlsruherplatz. — Magistr. Paul teilt mit, daß dort nun eine Veränderung eintrete. — Stadtd. Kleinhardt viele Schuld auch der Bauordnung zu. Vermünftigkeit wäre, wenn die Arbeiter in den Vororten selbst ein Haus erwerben würden, sie erhalten das Geld auch weit leichter. Würde ein Hausbesitzer einem Mieter einen Vertrag vorlegen wie die Gartenstadt es tut, so würde der Hausbesitzer an zwei Striden gehängt werden. — Stadtd. Herrmann regt den Verkauf des städtischen Bodens im Erbbaue an. Der Mieter- und Bauverein verdient mehr Unterstützung von Seiten der Mieter, dann könne er auch mehr Käufer haben. Auch sei ihm von der Staatsbehörde kein Entgegenkommen gezeigt worden. Etwas Mansardendachungen wären auch besser wie manches Dach in der Nähe der Durlacher Straße. — Stadtd. Weiland äußert sich auch zum Wohnungsbau. Der Haus- und Grundbesitzer sei doch nicht schuld, daß die städtischen Läden so gewachsen. Deshalb solle man ihn auch nicht so viele Lasten tragen lassen. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. — Magistr. Dr. Paul kann nicht verstehen, warum die Bauordnung schuld sein soll, daß keine Kleinwohnungen gebaut werden, sie sei doch besser als die frühere. Zu bekräftigen sei auch, daß die Wohnungskontrolle Wohnungen beanstandet habe, die früher schon bestanden haben.

13. Gaswerk.

Stadtd. Pfaff empfiehlt namens des Prüfungsausschusses die Vorlage. Trotz Steigerung des Konsums ist das Ergebnis gleich geblieben. Abträge seien leider nicht möglich. Bei den Neunkonstruktionen, die beim Neubau des Gaswerks vorgenommen werden, sollte auf bessere Verwendung des Koks geachtet werden. — Stadtd. Mühlert teilt den Optimismus des Oberbürgermeisters in seiner Rede mit; der Reubauer wird im nächsten Jahre sicher höher. Durch die Neubauten wird der Betrieb erheblich besser.

Stadtd. Mühlert teilt, wie es kommt, daß die 2 Millionen M. die im letzten Jahre angelegt waren, sich auf 3 Millionen erhöht haben. — O. B. Siegrist erklärt, daß man nicht sagen könne, wie hoch das neue Werk kommt. — Nach kurzen Bemerkungen des Stadtd. Mühlert, der einer besseren Ausnutzung des Wortes redet, des Oberbürgermeisters und des Stadtd. Obmanns Frey wird dieser Punkt verlassen.

Stadtd. Mühlert teilt, wie es kommt, daß die 2 Millionen M. die im letzten Jahre angelegt waren, sich auf 3 Millionen erhöht haben. — O. B. Siegrist erklärt, daß man nicht sagen könne, wie hoch das neue Werk kommt. — Nach kurzen Bemerkungen des Stadtd. Mühlert, der einer besseren Ausnutzung des Wortes redet, des Oberbürgermeisters und des Stadtd. Obmanns Frey wird dieser Punkt verlassen.

Stadtd. Mühlert teilt, wie es kommt, daß die 2 Millionen M. die im letzten Jahre angelegt waren, sich auf 3 Millionen erhöht haben. — O. B. Siegrist erklärt, daß man nicht sagen könne, wie hoch das neue Werk kommt. — Nach kurzen Bemerkungen des Stadtd. Mühlert, der einer besseren Ausnutzung des Wortes redet, des Oberbürgermeisters und des Stadtd. Obmanns Frey wird dieser Punkt verlassen.

Stadtd. Mühlert teilt, wie es kommt, daß die 2 Millionen M. die im letzten Jahre angelegt waren, sich auf 3 Millionen erhöht haben. — O. B. Siegrist erklärt, daß man nicht sagen könne, wie hoch das neue Werk kommt. — Nach kurzen Bemerkungen des Stadtd. Mühlert, der einer besseren Ausnutzung des Wortes redet, des Oberbürgermeisters und des Stadtd. Obmanns Frey wird dieser Punkt verlassen.

14. Wasserwerk.

Stadt. Nibb empfiehlt die Annahme und hält die übliche Dankbarkeitsrede. — Weiter Wortmeldungen liegen nicht vor.

15. Das Elektrizitätswerk.

Stadt. Grund empfiehlt die Annahme. Durch die gewählten Einrichtungen sind die Anschlüsse um 716 Teilnehmer gestiegen. Auch habe es keinen Rückschlag gegeben in den Einnahmen. Das Vermögen des Werkes hat sich bedeutend vermehrt. Der Kohlenvorrat wurde ebenfalls bedeutend vergrößert. Wenn das Werk leistungsfähig bleiben soll, dann sollte es dem Leiter möglich gemacht werden, in der Nähe des Werks zu wohnen, damit er jederzeit rasch ins Werk kann. — Stadt. Trinks hält nach dem Stand der Entwicklung des Elektrizitätswerks das Ergebnis für befriedigend. Wir alle können mit dem jetzigen Stand zufrieden sein.

16. Rheinhafen.

Stadt. Trenke führt aus, daß der Rheinhafen zu den sogenannten Zuschupbetrieben gehöre. Infolge des günstigen Wirtschaftsjahres 1912 war ein Zuschuß aber nicht nötig. Die Entwicklung muß als eine recht günstige bezeichnet werden. Sogleich fänden sich endlich die Staatsbehörden den Hafen so behandeln wie staatliche Häfen behandelt werden. — Stadt. Marum begrüßt die günstige Entwicklung des Rheinhafens. Die Art und Weise, wie die Stadt von der Generaldirektion behandelt wird, ist unerhört. Die Zustände bedürfen dringend der Abhilfe. Es fehlt in der Generaldirektion jedes Verständnis für wirtschaftliche Interessen. Das gleiche mangelnde Entgegenkommen zeigt sich auch bei der Verletzung des Hafens. Das kann von Konkurrenzneid herrühren. Die Stadt und der Bürgerausschuß sollte hier energig Stellung nehmen in aller Öffentlichkeit. — Stadt. Weber (Daglanden) verlangt einen Stog über die Bahngleise. Die Arbeiter werden durch das lange Warten sehr geschädigt. Wenn keine Bahn nach Daglanden komme, dann solle man wenigstens sorgen, daß man laufen könne. — Stadt. Müller unterstützt den Wunsch des Stadt. Weber. Wenn auch die Stadterwaltung kein Entgegenkommen bei der Generaldirektion finde, dann solle sie wenigstens verlangen, daß auf den Arbeitsplan und den Arbeitsbeginn Rücksicht genommen wird.

17. Straßenbahn.

Stadt. Fröhlich weist darauf hin, daß auch die Straßenbahn aus der Reihe der Zuschupbetriebe in die Reihe der Ueberschubbetriebe eingetretet ist. Der Kosten der Abfuhrerung finde sich aber im Vorausanschlag nicht. 56 000 M. sind abzuliefern im bevorstehenden Jahre. Wenn das Straßenbahnnetz in seiner jetzigen Lage und unter der weitergeführten würde, so würde die erfreuliche Entwicklung auch weiterhin zu verzeichnen sein. Im Vorausanschlag ist ein Zuschuß wieder eingeseht, der aber zurückzuführen ist auf die Betriebsveränderung. Die Müppurrer Straße soll nach dem Vorausanschlag zurückgestellt werden. Das ist bedauerlich. Wenn Geld da ist für die Waldstraße, dann müsse auch solches vorhanden sein für die Müppurrer Straße. Die pessimistische Auffassung des Vorausanschlags durch Erweiterung des Betriebsnetzes sehe zu schwarz. Unbefangenes Urtheil habe die Aufhebung der Haltestellen gemacht. Die Kommission glaube auf die eingelaufenen Beschwerden der Straßenbahnleitung nicht in die Zügel fallen zu sollen. Der Verkehr an den in Betracht kommenden Haltestellen solle immer statisch festgesetzt werden. Instand ein Schulhaus in der Oststadt für höhere Mädchenschule zu errichten, wäre den Wünschen der Eltern genügt, wenn man den Kindern möglichst billige Fahrt gewähren würde. Auch der Betriebskoeffizient ist billiger geworden von 67 auf 65 und 64 Prozent. Das zeigt, daß die Leitung sparsam gewirtschaftet hat. — O. B. Siegrist bittet, von der Besprechung der verschiedenen Projekte abzusehen, da darüber in acht Tagen gesprochen werden soll. — Stadt. Sauer glaubt, daß eine Verminderung der Rentabilität nicht zu fürchten ist bei Neueinrichtung der neuen Linien. In der Bürgerchaft kann man es nicht verstehen, daß die Müppurrer Straße mit keiner Linie versehen werden soll, dagegen das kleine Stück der Waldstraße eine Linie erhalten soll. — Stadt. Heinsheimer wünscht, daß das alte Versprechen der Verbindung der Oststadt mit der Südstadt endlich eingelöst wird. Das selbe gilt bezüglich der Südstadt. Bezüglich der Haltestellen sei es nicht nötig, gerade an den Hauptlinien die Halte aufzuheben. Inzuzugene sei auch die Einführung von Kinderkarten. — Stadt. Audi spricht auch für die Müppurrer Straßenlinie. — Stadt. Reiser äußert auch verschiedene Wünsche. — Stadt. Weiland bringt Wünsche der Schülerstraße vor, es solle in der engen Straße ein langamerer Tempo eingehalten werden. — Stadt. Müller tritt dem Stadt. Reiser entgegen. Die Einstellung in der Oststadt entspreche den Bedürfnissen. — O. B. Siegrist tritt der Auffassung des Stadt. Sauer entgegen, daß die Einnahmen nach Errichtung der neuen Linien höher sein werde, als im Vorausanschlag vorgesehen. Es sei Vorausanschlag, den man eben niedriger eingeseht habe. An der Aufhebung der Haltestellen sei das Straßenbahnamt unschuldig. Die Verantwortung hierfür trage der Stadtrat.

18. Armenkasse und Wohltätigkeitskasse.

Stadt. Rothweiler teilt mit, daß der Prüfungsausschuß keine besonderen Beanstandungen habe; er empfehle die Annahme. Sehr wichtig sei die Wohnungsverhältnisse. In anderen Städten habe man Unterstufengebäude. Auch hier sollte diese Frage geprüft werden. Dem Referenten des Armenrats sei zu danken. Die Stadt müsse auch eine Änderung in der Organisation eintreten lassen. Im übrigen empfehle er die Annahme. — Stadt. Hof bedauert den Zuschuß von 78 000 M. Diese Ersparnis ist aber überall zu verzeichnen. Wir haben im vorigen Jahre den Dank den ausführenden Personen ausgesprochen, auch in diesem Jahre können wir es tun. Der Stadtrat möge der Frage der Arbeitslosenversicherung nachsehen, es solle eine aus den verschiedenen Parteien bestehende Kommission zur Prüfung der Frage eingesetzt werden. Auch auf dem Gebiete der Schülerleistung solle mehr getan werden. Man solle noch lokaler vorgehen als bisher üblich. — Stadt. Gerard regt eine genauere Prüfung darüber an, ob auch bei Bewährung von Armenunterstützungen die Rentenanprüche geprüft werden sind. — Stadt. Fortmann spricht sich gegen eine Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Armenkommission aus. Die jetzige Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge genüge. Bezüglich der Schülerleistung gehe man weit genug, das Verantwortlichkeitsgefühl der Eltern dürfe nicht ganz ausgeschaltet werden. — Stadt. Sauer hält die jetzige Form der Arbeitslosenfürsorge für ganz unhaltbar bei einer Krise.

19. Milde Fonds.

Stadt. Nibb bemängelt die Strafen der städt. Arbeiter. Die Beträge sind auch so gering, daß man sie so bald wie möglich beseitigen solle. — O. B. Siegrist meint, die Strafen werden verschonend, wenn sie sich so verhalten, daß man sie nicht bestreiten muß. (Ein billiger Witz! Die Med.)

Stadthauptkasse.

Bei Ausgaben § 26: Auf öffentliche Brunnen, Wege, Plätze, Gewässer und dergl. bringt Stadt. Gerard den Wunsch auf Abschließung der Kaiserallee vor, ebenso eine Reihe anderer Straßenwünsche. In der Kaiserallee solle auch eine Bedürfnisanstalt errichtet werden. — O. B. Siegrist antwortet, daß noch nicht entschieden sei, welcher Art die Deckung sei. — Stadt. Obmann Frey wünscht eine öffentliche Urne an der Kirchstraße. — Stadt. Keller wünscht die Verfertigung

der Tullastrasse, weitere Wünsche äußerte er betr. der Georg Friedrichstraße, der Karl Wilhelm, Ludwig Wilhelm, Bernhardstraße, dann der Durlacherallee, weiter wünscht er eine Bedürfnisanstalt in der Oststadt. — Stadt. Deines dankt der Stadterwaltung, daß sie zur Bebauung des Festhalleplatzes einen Wettbewerb ausgeschrieben. Der Artikel in der „Fest. Hg.“ von Dr. Brinmann war nicht richtig. Redner tritt den Ausführungen der „Fest. Hg.“ entgegen. — Stadt. Merkle macht ebenfalls Ausführungen zur Bebauung des Festhalleplatzes. Der Stillingerplatz solle nicht beseite geschoben werden, sondern in der Nähe der Karl Friedrichstraße liegen. Die Gestaltung des Stillingerplatzes ist für die Bewohner der Südstadt sehr wichtig, es ist das ein Lebensinteresse, daß sie einen Zugang direkt von der Karl Friedrichstraße erhalten. Weiter äußert sich Redner bezüglich der Gebäuunterhaltung. — Stadt. August Schneider bittet, bei der Kleinunterhaltung nicht kleinlich zu sein. Vor den Schulhäusern sollte feste Deckung vorgesehen sein, es werde sehr viel Schmutz in die Schulhäuser geschleppt. Die Straßensprengung sollte recht reichlich sein, auch im Winter. Die Gegenstreife sollte geteert werden. Die Reinigung und Müllabfuhr solle in den Hauptstraßen nachsorge genommen werden. — Stadt. Gräfer wünscht vollständige Pflasterung der Breiten Straße in Veierheim und unentgeltliche Einführung der Müllabfuhr in Veierheim. — Stadt. Herrmann freut sich, daß die Wiesenstraße beleuchtet wird. — Stadt. Deines bespricht das Sachverständigenwesen bei Submmissionen. — Stadt. Müller wünscht Anlage von Spielplätzen in Mühlburg. Das kleine Plätzchen reicht nicht. Im Bannwald könnten ähnliche Plätze angelegt werden, wie im Salkenwäldchen. — Stadt. Merkle will einen Spielplatz in der Südstadt. — Stadt. Dr. Paul sagt, daß ein Platz an der Wiesenstraße vorgesehen sei. — Stadt. Weiland spricht über die Submmissionen und ist mit diesem unzufrieden. — O. B. Siegrist und Gmstr. Dr. Paul entgegen und weisen die Angriffe des Stadt. Weiland zurück. — Stadt. Paul bespricht besonders eingehend die Gutachten der Sachverständigen, die oft 20 und mehr Prozent über das Höchstangebot hinausgehen. Damit könne man doch nichts anfangen. Er beweise das an einer Reihe von Beispielen. Die Kommission hat deshalb Änderungen vorgeschlagen. Mittrauen ist unnötig. — Stadt. Braun wendet sich gegen den Stadt. Deines. Bei Verfertigung des Schlachthofes war der Stadterwaltung der Vorwurf gemacht worden, es sei zu solide gebaut worden. Bei der Gewerkschule ist das umgekehrte der Fall, ein Pfeiler ist zerplatzt, während die Schule im Bau war. Herr Deines sagt, die Sache wäre doch im Protokoll geregelt worden. Es sei nun interessant, zu erfahren, wie man einen zerplatzten Pfeiler in Protokollen neuverorten könne. — Stadt. Nibb spricht auch zu den Sachverständigen. Weiter bittet er um einen Bericht des Sachverständigen, auf welche Weise beim Bau des Schlachthofes und Viehhofes hätte gespart werden können, und den Bericht zu veröffentlichen. Die Bürgerchaft sei durch die getragenen Mitteilungen benachteiligt. — Stadt. Anselmann spricht auch über das Submmissionswesen. — O. B. Siegrist bittet, die Handwerkerfrage an die Handwerkerkommission zu verweisen. — Stadt. Fraas und Weiland föhnen sich immer noch nicht beruhigen. — Stadt. Obmann Frey teilt gegenüber den Anregungen des Stadt. Nibb betr. den Bau des Schlachthofes mit, daß der Prüfungsausschuß sich den Bau betrachtet habe. Festgestellt sei, daß der Bauart Weidel 112 000 M. erspart habe. Die von Stadt. Siebott gestern angeführten weit höheren Zahlen stimmen aber nicht, es hätten höchstens ein paar hundert Mark erspart werden können. Es hätte also noch etwas gespart werden können, aber keineswegs das, was Herr Siebott angegeben habe. Dem Bauart sei kein Vorwurf zu machen. Der Prüfungsausschuß hat auch die Gewerkschule besichtigt. Es stimmt nicht vollat, daß ungenügendes Material verwendet worden sei. — Stadt. Braun sagt, der Pfeiler sei unter Zugang von Sachverständigen geprüft worden. Es wurde festgestellt, daß die Höhe zu geringe im Mauerwerk waren. Ein Pfeiler der Konstruktion ist nicht herausgekommen. Dem Bauleiter kann kein Vorwurf gemacht werden. — Stadtbaurat Weidel gibt nun auch noch Erläuterungen zu den Schlachthofbauten und weist nach, wie die Ersparnisse gemacht wurden. Es zeigt sich, daß die gestern erhobenen Vorwürfe vollständig unbegründet waren. Auch die Vorwürfe bezüglich des Baues der Turnhalle in Müppurrer wies er treffend zurück. Die Ausführungen werden mit lebhaftem Bravo begleitet. Die Herren mit ihren getragenen Angriffen haben sich eine kräftige Blamage geholt. — O. B. Siegrist hält einen von Stadt. Fraas vorgebrachten Fall auf. — Stadtbaurat Weidel erwidert auf den gemachten Vorwurf, daß Maßnahmen für den Schlachthof schon lange in der Arbeit fertig liegen, also zu früh bestellt worden seien. Die Kritik ist nicht begründet. Die Leistung mußte sich vor dem Bau der Gebäude erst verzeigern, welche Fabriken die Lieferung ausführen sollten. Die Maschinen wurden damals beschafft, weil die Preiskonjunktur eine sehr gute war. Seitdem sind die Preise sehr in die Höhe gegangen. Wenn nicht damals zugegriffen worden wäre, so hätte die Stadt jetzt viel Geld zulegen müssen. Die Maschinen sind so veraltet, daß sie nicht laufen. Der Vorwurf ist also unbegründet. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte über diesen Punkt wird angenommen.

Bei § 29 „Auf die Polizei“ beschwert sich Stadt. Herrmann über einige junge Leute am Lutherplatz. Es wäre zu wünschen, wenn sich ein Schutzmann dort sehen lassen würde. — Stadt. Merkle bespricht sich über die Handhabung der Marktpolizei. Manche Verkäufer werden gefraht, wenn sie kurz nach 12 Uhr noch etwas verkaufen. Hier solle nicht so streng vorgegangen werden. Am besten wäre es, wenn die Marktzit bis 1 Uhr ausgedehnt würde. — Stadt. Grund unterstützt diese Ausführungen. Es ist nicht begründet, warum der Stadtrat auf seinem Beschluß des 12. Ubr-Schlusses so fest besteht. Mit einer halben Stunde mehr wäre vielen geholfen. — Stadt. Weber will einen Polizeidienst mehr für Daglanden, namentlich wegen der Ausländer. — O. B. Siegrist sagt zu, daß die Sache dem Bezirksamt überwiesen werden solle. Bezüglich des Marktes sind die Meinungen im Stadtrat verschieden. Wenn sich aber erhebliche Mißstände ergeben, werde sich der Stadtrat mit der Sache mehr beschäftigen.

Bei § 30 „Gesundheitspflege“ bemängelt Stadt. Schaufelberger den Verkauf des Blutes im Schlachthof. Die Verhältnisse des Blutes ist gerade so schlimm wie die der Milch. Die Schlachthofdirektion solle dem dort herrschenden Umweien ein Ende machen. — Stadt. Merkle bittet, daß die Zahlungen der Bürger an die städtischen Betriebe auch an die Stadthauptkasse geleistet werden können. So müsse man oft einen weiten Weg machen, wenn man etwas zu zahlen habe.

Zu § 34 „Auf Gewerbe, Kunst und Wissenschaft“ liegt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor auf Streichung des Beitrags für den Reiterverein und desjenigen für den deutschen Osmarverein. — Stadt. Schaufelberger vertritt die Wünsche der Wirt- und gewerkschaftlichen Organisationen betr. der Beiträge zu der an den Arbeitsnachweis angegliederten Fachabteilung für Stellennachweis im Wirtschaftsamt. Ein Fachmann wäre im Arbeitsnachweis von großem Vorteil. — Stadt. Fortmann meint, die betr. Organisationen hätten einen Vorteil von dem Arbeitsnachweis und deshalb sollten sie auch einen kleinen Beitrag zahlen. — Stadt. Rothweiler lenkt die Aufmerksamkeit des Stadtrats auf die Eingabe der kaufmännischen Angestellten betr. Stellenvermittlung. Weiter begründet Redner die beiden Anträge. Man solle doch immer auf dem Standpunkt zu sparen. Es sollen nur solche Mittel und Beiträge bewilligt werden, an denen die Stadt In-

teresse hat. Die Veranstaltung des Reitervereins wird von keinen hundert Fremden besucht. Es mißt einem komisch an, wenn man das Entgegenkommen des Stadtrats zum Gängerfest der Arbeiter betrachtet und damit diesen hier zu bewilligenden 100 M. vergleicht. Auch der Betrag für den Osmarverein bitte er zu streichen. — Stadt. Helbing tritt für den Beitrag für die Beratungsstelle für Alkoholkränke ein. — Stadt. Heinsheimer bemängelt das ungeeignete Lokal für die städtische Lesefalle in der Lammstraße. — Stadtrat Liering glaubt, der Antrag auf Streichung des Beitrags für den Reiterverein beruhe auf Animosität. Nur weil die Stadt so wenig gäbe, könnten die Reiter nicht ausgebildet werden. — Stadt. Dr. Schneider teilt mit, daß seine Fraktion die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion ablehnt. Die Reiter müssen erst ausgebildet werden, andere Städte leisten dafür noch viel mehr. (Zuruf: Für die Arbeiter hat man keine Fahnenstangen übrig!) Der Osmarverein verfolge wirtschaftspolitische Zwecke. Der Postort der Polen werde jeden Tag stärker. Die Polen bilden ein Staat im Staate. — Stadt. Trenke meint, daß solche Beiträge nur dann auf das städtische Budget übernommen werden sollten, wenn ein unmittelbares städtisches Interesse bestesse. Dem Reiterverein sei das der Fall. Nicht aber beim Osmarverein. Es handle sich da um eine Politik, die wir nicht als berechtigt anerkennen. Die Polenpolitik der Regierung ist es aber, die gerade die Elemente großgezogen hat, von denen Dr. Schneider sprach. — Stadt. Marum stellt zunächst fest, daß diese Anträge nicht als eine Rebanche gegenüber der getragenen Haltung des Stadtrats anzusehen seien. Es ist nur ein kleiner Kreis von Personen, der zu den Reiteren herber kommt. Die Allgemeinheit nimmt gar kein Anteil und Interesse daran. Es ist verwunderlich, daß die Stadterwaltung, die getrenn so sehr betont zu müssen glaubte, daß die Veranstaltung der Arbeiter an Pfingsten eine politische sei und deshalb nicht unterstützt werden könne, nun hier sich nicht geniert, eine ausgesprochen politische Organisation, wie es der Osmarverein ist, zu unterstützen. Der Osmarverein will die Regierung unterstützen und vorwärts treiben in ihrem Kampfe gegen das Bolentum. Es ist nicht Sache der Stadt, diesen Kampf zu unterstützen. — Stadt. Reumann behauptet, der Osmarverein tue weiter nichts, als das deutsche Volkstum zu verteidigen. Die Sozialdemokraten hätten auch schon eigene Erfahrungen mit den Polen gemacht. Der Antrag auf Streich der Position für den Karlsruher Reiterverein wird abgelehnt, der Antrag auf Streich des Beitrags für den Osmarverein wird angenommen mit 41 gegen 41 Stimmen. Das Zentrum und die sozialdemokratische Fraktion stimmten geschlossen für den Streich, die Fortschrittler waren wie üblich getrennt.

Zu § 36 „Auf die Gemeindeverwaltung“ hielt Stadt. Weidel eine lange Rede, die aber niemand verstand. Nach Bemerkungen einiger weiterer Stadterordneten hält der Stadt. Obmann Frey die übliche Dankesrede auf die städtischen Beamten und Arbeiter, worauf der Vorausschlag nach siebenstündiger Sitzung gegen 10 Uhr einstimmig angenommen wurde.

Unter einem wichtigen Vorwande

hat die gesamte bürgerliche Mehrheit des Karlsruher Stadtrats in der Sitzung vom letzten Donnerstag den früher gefassten Beschluß, dem an Pfingsten hier stattfindenden 7. Bad. Arbeiterängertag eine Reihe von Vergünstigungen zu gewähren, wieder aufgehoben. Der Stadtrat stellte sich durch dieses Verhalten der reaktionären liberalen Stadterverwaltung von Seidelberg würdig an die Seite. Auch dort hatte man im Jahr 1910 den Arbeiterängertag jegliches Entgegenkommen verweigert, ja, man ludte sogar durch scharfe Zeitungsangriffe vor dem Feste den Arbeiter zum Fest zu bereiten. Auch in Heidelberg hatte man für badiische Landesfinder nicht ein Bruchteil dessen übrig, was man zum Beispiel für den kurz vorher stattgefundenen Besuch eines ausländischen, asiatischen Despoten übrig hatte, von dem die Bevölkerung nichts weiter wußte, als daß er die Hinrichtung etlicher 60 seiner Söhne und sonstigen Anverwandten auf dem Gewissen hatte. Dieser Heidelberger Stadterverwaltung stellt sich nun die Karlsruher würdig an die Seite. Ihr Verhalten unterscheidet sich nur in einem Punkte von jenen des Heidelberger Stadtrats. War man dort nur brutal und rücksichtslos, lehnte man dort kurz und bündig einfach jedes Entgegenkommen ab, so fügte man hier zu der Tugend der Rücksichtslosigkeit noch jene der Feigheit. Man schützt ein kleines, vor drei Jahren in der Mannheimer Gegend an sozialdemokratische Arbeiter verteiltes Flugblättchen als Grund des verweigerten Entgegenkommens vor. Der Stadtrat sollte sich fürchten, zu verlangen, daß ihm irgend jemand glauben soll, jenes Flugblättchen sei der wirkliche Grund seiner nunmehrigen Haltung. Auch der Bürgerausschuß hätte einstimmig dagegen protestieren sollen, daß man ihm zumute, so etwas zu glauben. Nein, das Flugblättchen war nur ein willkommener Vorwand. Der wahre Grund ist, daß der liberale Stadtrat eben zusammenknickte, weil man in „höheren Kreisen“ der „Residenz“ unruhig und verärgert darüber war, daß die Stadterverwaltung, in Würdigung der Bedeutung, die ein zweitägiger Besuch von 10 000 Personen für das Geschäftsleben der Stadt hat, den Arbeiterängertag durch Genehmigung einiger Vergünstigungen, wie Beflagung der Straßen vom Bahnhof zur Festhalle, Aufschmäkung der Festhalle, et was Entgegenkommen gezeigt hatte. Für jene Stellen gibt es solche Mißstände nicht, da kennt man nur einen Grund: Macht geht vor Recht! Es sind, so heißt es dort, unter den Sängern etwa 40 Prozent Sozialdemokraten und die haben kein Recht auf Entgegenkommen, auf gastliche Aufnahme. Und die liberale Stadterverwaltung, die nun so viel Mut nach unten zeigen konnte, hatte nicht den Mut, nach oben auch mal Rückgrat zu zeigen und zu sagen: Es sind auch Umlage- und Steuerzahler die hierher kommen, sie kommen von weit her in unsere Stadt, sie wollen fröhlich sein, singen, der Kunst dienen, die Stadt hat die moralische Verpflichtung, den Leuten einige Aufmerksamkeit zu zeigen, ob es irgendwo erwünscht ist oder nicht kann und muß gleichgültig sein, es werden umgekehrt auch oft Ausgaben für Veranstaltungen und Besuche gemacht, die der Arbeiterschaft unentgeltlich sind und die trotzdem zu den Kosten mit beitragen muß. Das wäre ein liberaler Standpunkt und eine liberale Antwort gewesen. Wer allerdings den Erblichkeitsbesitz des heutigen liberalen Bürgertums kennt, weiß, daß es in Deutschland einfach ausgeschlossen ist, daß eine bürgerliche Stadterverwaltung solch einer offenen und ehrlichen Antwort fähig wäre.

Daß man die Sache mit dem Flugblättchen erfand, das irgend eine Behörde in denunztatorischer Weise nicht überhandt haben soll oder überhandt hat, ist allerdings auch ein Beweis dafür, daß man die Arbeiter

Schaft wohl hat, — aber auch fürchtet. Wir ersehen daraus, daß man doch nicht mehr mag, ohne weiteres der Arbeiterschaft schroff und brüsk entgegenzutreten und sie — en canaille zu behandeln. Man möchte das klägliche Bild, das diese Stadtverwaltung bot, fast bedauern. Auf der einen Seite hat man den Arbeitern, trotzdem man die parteipolitische Tendenz ihrer Veranstaltung unwahrheitsweise betonte, einiges Entgegenkommen gezeigt; auf der andern Seite bestand dann die Gefahr, daß man wegen seines Liberalismus schnell angesehen werden könnte, in Ungnade fallen könnte. Welche Gefahr für einen nur im Glanze der Gnadenföhne sich wohl fühlenden Stadtrat. Was da tun?

Mit Hilfe einer für solche Zwecke immer paraten Behörde holte man aus den Akten ein altes vergilbtes Flugblättchen hervor und wies nach, daß die Veranstaltung parteipolitischen Charakter habe — trotzdem man auch vorher schon den parteipolitischen Charakter ausdrücklich festgestellt hatte. Das ist liberale Logik. Wenn Väterlichkeit töten würde, die tapferen Mannen des Karlsruher Stadtrats, sie lägen mit ihrem Mäherholz vor Fürstenthronen unter ihren kurlischen Sesseln, auf denen sie diese vermeintliche Schamtheit ausgebrütet haben. So aber werden sie weiterleben — wir, die Arbeiterschaft, aber auch. Das Fest wird doch stattfinden, und zwar in der „Haupt- und Residenzstadt“ Karlsruhe, trotz alledem und alledem. Die Arbeiterschaft wird es sich angelegen sein lassen, alles daran zu setzen, um das Fest so schön wie möglich und so machtvoll wie möglich auszugestalten. Nur schade, daß kein Festzug stattfindet!

Mögen sich unsere auswärtigen Gäste nicht die Festzüge durch diese liberale Gastfreundschaft nehmen oder hören lassen. Mögen sie über die von kleinen Geistern erdachten feinkleinlichen Schikanen zur Tagesordnung übergehen. Wir können ihnen versichern, daß sie uns und der gesamten Arbeiterschaft um so willkommenere sind, je weniger gern und freundlich ihr Erscheinen man von enen Stellen aus begrüßt.

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion.
Heute abend Sitzung in der „Wacht am Rhein“.

Zur Wahl des Gesellenausschusses des Gewerbevereins.
Die bei Gewerbevereinsmitgliedern beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder werden hiermit aufgefordert, sich an der am heutigen Montag, 21. April, abends von 7 1/2 Uhr bis 10 1/2 Uhr in der Landesgewerbehalle, Karlsruherstraße 17, stattfindenden Gesellenauswahl zu beteiligen. Das Gewerkschaftsamt Karlsruhe hat einen Wahlvorschlag vorbereitet. Die Stimmzettel werden durch unsere Beauftragten am Eingang zum Wahllokal abgegeben. Wer vom Wahlrecht Gebrauch machen will, muß mit einem Wahlausweis versehen sein. Solche Wahlausweise sind erhältlich bei folgenden Stellen: L. Anselmet, Zähringerstraße 57, A. Renfle, Schützenstraße 78, R. Feigler, Herrenstraße 21, G. Ebbede, Hirschstraße 44, F. Nagel, Sofienstraße 116, F. Guber, Benzstraße 7 und im Arbeiterkretariat, Wilhelmstraße 47.

Das Gewerkschaftsamt Karlsruhe.
S. A.: A. Sipp.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Karlsruhe,
veranstaltet morgen, Dienstag, abend 9 Uhr im Kolosseum, Saal 3, eine öffentliche Versammlung. Herr Stadtrat Wilhelm Kolb spricht nochmals zur Sonntagsruhe. Der Bürgerausschuss wird über diese Frage wahrscheinlich am Freitag den 26. April einstimmig entscheiden.

Handlungsangestellte! Sorgt dafür, daß diese Verammlung eine Massenversammlung für die vollständige Sonntagsruhe wird. Der Bürgerausschuss soll damit die wahre Stimmung der Handlungsangestellten kennen lernen.
Schon seit Jahren stehen wir hier in erbittertem Kampfe zur Erringung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, nach welcher sich tausende von Menschen, ob Geschäftsleute oder Angestellte, sehnen, und noch immer wurde sie unter nichtigen Gründen abgelehnt.
Für alle Handlungsangestellten, ob männlich oder weiblich, kann es daher morgen abend nur heißen: Lauf in die öffentliche Versammlung zum Kampf für die völlige Sonntagsruhe.

Naturfreunde. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Lokal zum „Ruffmann“ ein Vortrag über „Naturgenuss und Arbeiterschaft“ statt. Der Vortragende Herr Höhn, der auf diesem Gebiete eigene Erfahrung besitzt, berührt uns dafür, daß wir vieles lernen können. Es wäre nur zu wünschen, daß

der Vortrag gut besucht wird. Gäste sind zu diesem Vortrag herzlich willkommen.

Gartenstadt Karlsruhe. Wie aus dem Ingenieurteil vom Samstag ersichtlich, hat die Gartenstadt ein Ausstellungshaus im Grün Nr. 31 eingerichtet, in dem verschiedene Karlsruher Firmen ihre Erzeugnisse ausstellen. Das Ausstellungshaus ist täglich (auch Sonn- und Feiertags) nachmittags von 1/2 8—7 Uhr gegen 10 Pf. Eintritt geöffnet.

Messerheld. In einer Werkstatt der Durlacherstraße gerieten in der Nacht vom Samstag auf Sonntag ein Schreiner und ein Maler wegen des Bezahns der Löhne in Wortstreit. Nachdem der Maler die Werkstatt verlassen hatte, verfolgte ihn der Schreiner und versetzte ihm einen Messerschlag in die linke Brustseite.

Der Balkan-Konflikt.

Gibt Montenegro nach?

Sofia, 19. April. Es verlautet, daß nunmehr auch die Antwort Montenegros eingetroffen ist. Sie enthält die bedingungslose Zustimmung zu den Vorschlägen der Großmächte. Es bleibt also noch eine Vereinbarung über einige textliche Änderungen unter den Verbündeten durchzuführen, namentlich betreffend der Grenzen Albanens, die ägäischen Inseln und die Kriegsschädigung, worauf die Antwortnote den Großmächten sofort überreicht werden soll, was vielleicht noch heute, spätestens aber morgen erfolgen wird.

Die Verluste der verbündeten Heere.

Sofia, 19. April. Nach vorläufiger Aufstellung betragen die Verluste der verbündeten Heere an Toten und Verwundeten: Bulgaren 84 000, Serben 22 000, Griechen 11 000, Montenegriner 6000 Mann.

Die Waffenruhe.

Konstantinopel, 19. April. Guten Informationen zufolge wird morgen in Sandjak Tepe, einer Ortschaft zwischen Hademli und Tschataldscha, der Waffenstillstand mit Serbien und Griechenland gezeichnet werden.

Letzte Nachrichten.

Der Vorfall von Nancy.

Berlin, 19. April. Die französische Regierung hat sich bereit, so schnell wie möglich die in Nancy an Deutschen verübten Verleumdungen und Gewalttaten aufzuklären und die Schuld der dabei beteiligten Beamten zu ahnden. Die politische Seite dieses Zwischenfalles ist dabei, wie aus einer offiziellen Mitteilung hervorgeht, für die Reichsregierung in befriedigender Weise erledigt; vorbehalten bleiben etwaige Ansprüche der Geschädigten. Die Ansicht, daß durch die von der französischen Regierung beschlossene Bestrafung der beteiligten Beamten, vom Präsekte angefangen bis zu den Polizisten herunter, die am Bahnhof Dienst getan haben, die eine Seite dieser Nancyer Vorgänge befriedigend erledigt sei, wird in allen politischen Kreisen geteilt und kommt auch in der Presse der verschiedenen Parteien zum Ausdruck.

Paris, 19. April. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Der deutsche Botschafter Freih. v. Schön machte dem Minister des Innern Bidon eine Mitteilung, aus der hervorgeht, daß die politische Seite des Zwischenfalles von Nancy für beide Regierungen erledigt sei.

Die Genußtragung für Nancy.

Paris, 19. April. Der Minister des Innern hat auf Grund des Berichts des Staatsrats Ogier und nach Besprechung mit dem Ministerpräsidenten folgende Strafmaßnahmen verfügt: 1. Die beiden Polizeibeamten, welche sich Sonntag nacht auf dem Nancyer Bahnhof befanden, sind abgesetzt. 2. Es werden Maßnahmen zur Umgehung der Nancyer Polizei unverzüglich getroffen werden. 3. Der Präsekte des Departements Meurthe et Moselle wird, weil er es verabsäumt hat, den Minister des Innern aus eigenem Antriebe und unverzüglich über den Fall zu unterrichten, versetzt. In hiesigen amtlichen Kreisen hält man damit den Zwischenfall für erledigt.

Die Berner Verständigungs-Konferenz.

Paris, 19. April. Die Teilnahme der Franzosen an der für den 11. Mai nach Bern einberufenen Konferenz deutsch-französischer Parlamentarier wird ziemlich lebhaft sein. Die Kammerfraktion der Sozialisten hat bereits die Entsendung einer Abordnung beschlossen, deren Mitglieder am 6. Mai, wenn die Kammer aus den Ferien zurückkommt, gewählt werden sollen. Selbstver-

ständlich wird Jaurès zu dieser Abordnung gehören. Außerdem hat gestern die Schiedsgerichtsgruppe des Parlaments, zu welcher mehrere hundert Deputierte und Senatoren gehören, beschlossen, ebenfalls eine Abordnung nach Bern zu schicken, die von dem bekannten Senator D. Estournelles de Constant geführt wird. Wie die Zeitungen berichten, hat der Generalrat des Jura-Departements in Grenoble unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dubost eine Tagesordnung angenommen, in der die Mitglieder des Parlaments zum Besuch der Berner Konferenz ermuntert werden. Der Generalrat gibt darüber die Ueberzeugung Ausdruck, daß die Konferenz in Bern Frankreich und der Menschheit große Dienste erwirken könne. Er bittet deshalb die erwähnten Vertreter der französischen Demokratie, an der Konferenz teilzunehmen, mit dem Wunsche, an einer Annäherung Frankreichs und Deutschlands mitzuwirken, die allein geeignet sei, die Lage des bewaffneten Friedens zu befestigen, welche die Zivilisation der Menschheit bedrohe. In der radikalsten Presse wird auch die Idee unterstützt, gleichzeitig neben der parlamentarischen Konferenz eine Konferenz von Vertretern der deutschen und der französischen Presse abzuhalten, um die Mittel zu suchen, den Ausbruch einer leidenschaftlichen Polemik bei jedem Zwischenfall zu verhindern.

Zum Generallstreik in Belgien.

Brüssel, 20. April. Morgen treten die Diamant- und Leinwandarbeiter in den Ausstand. Die Bund der Arbeiter Brüssels versichern, daß die Zeitungen morgen erscheinen werden. 15 000 Streikende veranfaßten heute vormittag in Lüttich eine Kundgebung. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Die Italiener in Tripolis.

Benghasi, 20. April. General Tassoni rückte mit gestern vormittag gelandeten starken Streitkräften gegen Benghasi vor, das er nach kurzem Widerstand um 9 Uhr abends einnahm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

N. 100. Den Gewerbetreibenden ist nach § 115 der Gewerbeordnung verboten, den Arbeitern Waren zu kredittieren. Forderungen für Waren, welche dem § 115 zuwider kredittiert worden sind, können von dem Gläubiger weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden.

Wettende hier. Sie haben beide Unrecht. Die ersten Fabrikinspektoren waren weder in der Schweiz, noch in Deutschland angestellt. Die ersten Fabrikinspektoren wurden in England auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1833 bestellt, in Frankreich wurden auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1874 15 Inspektionsbezirke mit je einem Beamten eingerichtet und in der Schweiz wurden durch das Fabrikgesetz vom Jahre 1877 die Fabrikinspektoren eingeführt. In Preußen waren schon 1853 Gewerbeämter angestellt, die Gewerbeordnung von 1869 stellte die Bestellung von Auffichtsbeamten in das Ermessen der Regierungen, obligatorisch wurde die Einsetzung von Fabrikinspektoren in Deutschland erst mit der Novelle vom Juli 1878.

Absonner in Würstchen. Die Bezüge der Geistlichen, auch der katholischen, sind sehr verschieden. Wenn Sie sich über die Bezüge des dortigen Pfarrers erkundigen wollen, wenden Sie sich an einen Kirchengemeinderat. Der Kaplan wird aus den Erträgen der Pfarrei bezahlt. Im badischen Staatsvoranschlag für ein Jahr der Budgetperiode 1912/13 der Betrag von 610 233 M. für den katholischen Klerus eingestellt, darunter für Zuschüsse an Pfarreien 5330 M. und für Aufbesserung gering besoldeter Pfarren 360 000 M. Die Sonntagsschmessen werden, wenn wir recht unterrichtet sind, dem Pfarrer nicht extra bezahlt. Ueber Ihre weitere Frage betr. Doppelmuskulatur müssen wir uns erst selbst erkundigen. Antwort folgt.

Vereinsanzeiger.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Baden. Den berechneten Bezugsvereinen zur Kenntnis, daß die fällige Sängergelbsthefte Chorlieferung in der Restauration zum „Anerkennung“, Schützenstr. 58, zu Abholen bereit liegt. 513, Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung mit Vortrag und Berichtserstattung von der Gaukonferenz. 510

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei und Letzte Nachrichten: Wilhelm Kolb; für Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Aus dem Lande und Neues vom Tage: Hermann Kadel; für Kommunalpolitik, Aus der Stadt und Kreiszeitung: Hermann Winter; für die Inserate: I. B.: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 21.

Buchhandlung Volksfreund, Züschenstraße 24.
Wir empfehlen: Die Mainnummer des „Wahren Jucab“, Preis 10 Pf. Die Mainzeitung, Preis 10 Pf., Porto 5 Pf. Für Wiederverkäufer und Vereine große Preisermäßigung.

Handlungsgehilfen! Handlungsgehilfinnen!
Sonntagsruhe!

Seit Jahren stehen wir in erbittertem Kampfe zur Erringung der vollständigen Sonntagsruhe. Ueber diese Frage hat der Bürgerausschuss in den nächsten Tagen zu entscheiden. Es ist unbedingt notwendig, daß der Bürgerausschuss die wahre Stimmung der Handlungsangestellten kennen lernt, weshalb wir auf

Dienstag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, in den Saal III der Brauerei Schrempf, Waldstraße, eine

öffentl. Versammlung

Referent: Herr Stadtrat Wilhelm Kolb.
Handlungsangestellte! Sorgt dafür, daß diese Versammlung eine Massen-kundgebung für die vollständige Sonntagsruhe wird!

Freie Aussprache! Freie Aussprache!
Zentralverband der Handlungsgehilfen. Bezirk Karlsruhe.

Schnurrbart!
„Margonal“ unterstügt den Haar- u. Bartwuchs mit wunderbarem Erfolg. Ist ein unvergleichliches Haar- und Bartwuchsmittel.
Krug Stärke 1 Mark 2.—, II. M. 3.—, extra Hart M. 4.—, Porto 20 Pf., Nachnahmeporto extra. 5540
A. Kastenbach, Straßburg i. El., Feggasse.

Schneider
erfahrl. Großtischarbeiter sucht 498
Hans Leyendecker
Kaiserstraße 177.

Diese Woche Ziehungen
der Mühlhäuser, Darmstädter und Südpolarlose à 1/2, 1.— und 3.— M.; dann Bayer. Kreuz, Rhein. Luft und Matmakrt à 1/2 und 1 M. bei Mehr mit Rabatt von 509

Carl Göz
Gebehr. 11/15, b. Rathaus.
Enthogen am leg. Donnerstags ein Kanarienvogel. Wenn angefliegen, bitte abzugeben. Rüppurrerstr. 20, IV.

Soziald. Verein Karlsruhe
Mittwoch, den 23. April, abends halb 9 Uhr, findet in der „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiserstraße 13, unsere **General-Versammlung**

statt. Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 511
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Wahl eines Mitgliedes der Preßkommission.
4. Stellungnahme zur Landtagswahl.
Wir ersuchen unsere Parteimitglieder pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.
Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.
Geburten vom 10.—14. April: Rosa Frieda, S. Friedrich Emil Goldschmidt, Schloffer. Andreas Ludwig, S. August Friedr. Rittershofer, Stadtagew. Josef, S. Josef Stehrer, Tagelöhner. Lisa Karoline, S. Albert Robert Reichardt, Schloffer. Wilhelm Ludwig Bertold, S. Philipp Heinrich Krämer, Missions-Inspektor.
Todesfälle vom 12. April: August Georg Köhler von Karlsruhe, Eisenarbeiter, und Sophie Friederike Köhler von hier. Friedrich Stöffler, Schloffer, und Verta Elise Meier, beide von hier. Hermann Engel von Redachhäuserhof, Gemeb. Mühlensloch, Amt Heidelberg, Wermeister, und Emma Frida Weis von hier. Anton Förderer von Marbach, Amt Sickingen, Bahnarbeiter, und Anna Brecht von Reibshaus, A. Bretten. Gustav Schwander von hier, Fabrikarbeiter, und Johanna Seiler von Hanau.
Todesfälle vom 12.—16. April: Johann, S. Johana Weis, Bahnhofsarbeiter, 7 Wochen alt. Bruno, S. Michael Schmidt, Schreiner, 3 Monate alt. Emma, geb. Stumpf, Ehefrau des Leopold Baumäntner, Oberleitungsaufseher, 44 Jahre 3 Mt. alt.

Sonder-Preise

Montag - Dienstag - Mittwoch 504

Seidenstoffe Kinder-Sweaters Directoire-Hosen

Hermann Tietz

Sonder-Offerte

in Herren-Sacco-Anzügen

Unsere beliebten eingeführten

Drei Spezial-Artikel

zu nachstehend besonders billigen Preisen.

„Berlin“
Mk. 39.00

„Dresden“
Mk. 45.00

„München“
Mk. 49.50

Modernste Herren-Saccoanzüge

einreihige und zweireihige Form

Chice Fassons.

Hochaparte neueste Dessins.

Das Vollkommenste
in dieser Preislage. 498

Wir bitten um Beachtung unserer Spezial-Ausstellung.

Spiegel & Wels

Wer Geld sparen will
der laufe seine getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzeng nur in dem An- u. Verkaufsgeschäft von **Arnold Schab, Jähringerstraße Nr. 35.**



Rucksäcke
in allen Größen und Ausführungen kaufen Sie billig und gut im **Kaufhaus Zapf**
Zell a. H.

Müpperrreiter, 23, 3. St.
ist ein möbl. Zimmer per sofort oder 1. Mai zu vermieten.
2 Bettladen mit Matten sowie Federbett, **Caschard, Petroleumlampen** wegen Umzug zu verkaufen.
410 **Kaiser-Allee 52, 1. Et.**

Für Brautleute

äußerst günstige Einkaufsgelegenheit!

Habe mich entschlossen, bei den äußerst billig gestellten Preisen auf sämtliche am Lager befindlichen **Möbel- und Polsterwaren, ganzen Zimmern und Wohnungseinrichtungen** einen

Rabatt von 10%

bei sofortiger Kasse zu gewähren bis inkl. 30. ds. Mts. Mein Lager bietet jedem Konsumenten reichste Auswahl in besseren als auch einfachen Einrichtungen, alles in nur guter Ausführung.

Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer, einzelne Möbel und Betten, moderne Kücheneinrichtungen etc.

Niemand sollte versäumen, sich von diesem günstigen Angebot zu überzeugen und die gebotenen Vorteile auszunützen.
Gekaufte Sachen werden bei erst späterem Bedarf kostenlos zurückgestellt und frei ins Haus geliefert. 506

Karl Epple, Steinstr. 6.

Wegen Todesfall

bleiben meine Geschäftsräume vom **Sonntag den 20. bis Mittwoch den 23. ds. Mts. einschliesslich geschlossen.**

M. Tannenbaum

Möbel- und Ausstattungshaus
13 Adlerstr. 13. 501



Zum Ziel gelangen Sie nur mit dem 475

Nordland-Fahrrad

Stahlgesellschaft

der Nord. m. b. H.
Karlsruhe, Kaisersstrasse 81/83.

- „Nordland“-Fahrrad mit 3 Jahre Garantie **49.-**
- Laufdecken . . . von 1.75 an
 - mit 6 Monate Garantie 3.50
 - „12“ . . . 4.50
 - Gebirgsdecken mit 3 Monate Garantie 3.75
 - Luftschläuche . . . von 1.70 an
 - Kerzenlaternen, ff. vernick. 2.-
 - Oellaternen70
 - Acetylenlaternen . . . 1.50
 - Fahrradschlüssel30
 - Schutzbleche die Garnitur .70
 - Sattel 1.60
 - Hosenklammern 1 Paar .02
 - Fusspumpen55
 - Ketten, prima 1.05
 - Korkgriff . . . 1 Paar .15
 - Rucksack50
 - Glocken13
 - Fusshalter . . . 1 Paar .15
 - Gummilösung04
 - Revolver3.25
 - Reibrädchenfeuerzeug mit 1 Ersatzstein . .28

Reparaturen werden schnell u. billig ausgeführt

Sparsamkeit

bedeutet:

die Bereitung eines gesunden bekömmlichen Hausgetränkes (Apfelmost-Ersatz) aus **dieser Marke** Ein **Versuch**

208

überzeugt!

Zu haben in Drogen u. Kolonialwarenhandlg.



Gesunder Apfelmost-Ersatz aus **Heinen's Cranckextrakt** wird in Millionen Litern getrunken. Hersteller: 6 Pf. lt. Ueberall zu haben.

Vergebung der Erstellung eines Holzschuppens.

Die Gesamtarbeiten mit Ausnahme der Fundamente und des Bodenbelags für die Erstellung eines Holzschuppens — Grundfläche 29,65/17,00 m — für die Versuchs-Reinigungsanlage der Stadt Karlsruhe beimhardt Welschneureut sollen öffentlich vergeben werden. 406 Angebote sind auf den besonderen Vordruden bis spätestens **Dienstag, d. 29. April 1913** vormittags 10 Uhr,

verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, beim **Stadt. Tiefbauamt** einzulegen. Die besonderen Bedingungen und die Angebotsvordrude können auf unserem Geschäftszimmer Nr. 116 kostenlos erhoben werden. **Karlsruhe, den 15. April 1913. Städtisches Tiefbauamt.**

Verloren wurde am Sonntag zwischen 11 und 12 Uhr von einem Knaben ein **Portemonnaie** mit 10 Mark Inhalt in Silber. Abzugeben geg. Belohnung **Werberstr. 75, Seitenbau 5. Et.** 507

Große Posten bessere Herrenkleiderstoff-Reste

550 **Coden- und Kostüm-Reste**

sind enorm billig abgegeben **Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch** Ecke Kaiser- und Kreuzstraße Eingang bei der kleinen Kirche.

Colosseum

Waldstr. 18/19. Tel. 1309.

Job's lustige Bühne

Montag u. Dienstag

Letzte Aufführungen von

Mein Bruder das'n Luder.

Ab **Mittwoch:**

Nur 3 Aufführungen:

„Ein dreieckiges Verhältnis.“ 500

Stadt



Arbeitsamt

Gesucht

werden: **1. Abteilung für häusl. Dienstboten.**

Geschäftsführinnen, Mädchen, die bürgerlich kochen können, Mädchen für Hausarbeit und zum Anlernen, Zimmermädchen.

2. Abteilung für Wirtschaftspersonal.

Restaurationsführinnen, Kochfräulein, Haus- und Küchenmädchen.

Stellen suchen:

Küchenschefs, Köche, Restaurations- und Saalkellner, Ausschiffsteller. 272

Stadt. Arbeitsamt

Räbingerstr. 100. Telef. 949.

Die Pflege d. Stimme

erweist sich immer mehr als ebenso notwendig wie diejenige etwa der Hände und der Zähne. Unter allen Mitteln, die eine klare freie Stimme schaffen, wohlthuend auf Rachen und Hals wirken, Wien Geruch aus dem Mund nehmen, hat sich keines nur annähernd so verbreitet und behauptet als die in ihrer Wirkung unvergleichlichen **Wphert-Tabletten**. Sie gehören zum eisernen Bestande jedes Haushaltes, wie Seife und Zahnpulver. Die lange ausreichende Schachtel kostet in allen Apotheken und Drogerien 1 Mark.

In allen Abteilungen extra billige Angebote!

Diese Woche:

Schuhwaren

- Damen-Halbschuhe schwarz, und braun, mod. Form **5.25**
- Damen-Halbschuhe in Lack, braun, grau, elegant **6.75**
- Damen-Halbschuhe Goodyear-Welt, schw. braun **9.75**
- Damen-Stiefel moderne Form mit Lackkappen **5.75**
- Damen-Stiefel echt Chev., Derby mit Lackkappen, moderne Form **6.75**
- Damen-Stiefel la Chev., Schnür- oder Knopfstiefel **8.75**

Damen-Putz

- Stielrosen mit Laub, aus Stoff, viele Farben . . . Stück 30 **24.95**
- Kleine Röschen aus Stoff, mod. Farben 12 teilig **24.95**
- Kleine Hutformen moderne Geflechte 3.60 **2.45**
- Samtband 8 cm breit in den neuest. Modefarben . . . Meter **48.95**
- Südwester aus Strohborsten genäht, zweifarbig . . . Stück **2.95**
- Mädchenhüte mit verschiedenen Garnituren . 2.40 **1.35**

Trikotagen

- Trikothemden gute Sommer-Qualität 1.65 1.20 **95.95**
- Trikothosen gute Sommer-Qualität . . . 1.55 1.10 **95.95**
- Poröse Hosen f. d. Sommer sehr angen. 1.80 1.60 **1.40**
- Macco-Jacken aus gutem Material 1.20 1.05 **90.95**
- Einsatz-Hemden gestreifte Einsätze . . . **1.10**
- Einsatz-Hemden m. weiß Pique-Einsätzen . . . **1.85**

Lederwaren

- Eleg. Ueberschlagtasche Lederimit. mit Einfaß . . . **1.25**
- Eleg. Damentasche Saffianleder m. pol. Messingbügel **2.95**
- Eleg. Damentasche farbig, Ecrassé mit Metallecke **3.50**
- Eleg. Lackgürtel mit Bulgarenborde . . . **0.48**
- Eleg. Lackgürtel Garantiequalität . . . **0.45**
- Eleg. Hochflorsamtgürtel seidene Qualität, bedeutend unter Preis, mit aparter Schließe . . . **1.25**

Kinder-Konfektion

- Mädchen-Kleid aus marine Cheviot, Passe und Manschette, blau gepaspelt . . . Länge 60 cm **7.50**
- Mädchen-Kleid aus marine, weiß gepunkt, Waschmousseline, farbige Blenden, rot gepaspelt, Länge 60 cm **4.00**
- Knaben-Anzug aus braunem und engl. gemust. Stoff, Jacken-Form, 3 bis 4 Jahre passend . . . **6.75**
- Knaben-Anzug in blau-weiß gestreift, Cretonne, Blusenf., hochgeschlossen, 3 bis 4 Jahre passend **2.75**
- Knaben-Bluse blau-weiß, Cretonne, für 3-4 Jahre . . . **0.65**

Damen-Konfektion

- Wollmousselinbluse halsfrei m. Klöppel-Einsatz . . . **2.50**
- Kostüm-Rock marine od. schwarz Cheviot, reine Wolle mit Knopfgarn. **4.90**
- Wollmousselin Kleid mod. Streifen, Batistkragen m. Sticker-Spitze, Frottéeinsatz . . . **15.75**
- Kostüm aus marine Cheviot, Jacke auf halbseid. Serge, Rück. m. Rieg. **25.50**
- Kostüm aus engl. gemust. Stoff, Jacke auf halbseid. Serge, Rücken hübsch verziert, flotte Form **16.50**
- Morgenrock aus blau-weiß gepunkt. Waschmousseline, hochgeschl. Form, Schulterkragen . . . **5.50**

Nur solange Vorrat!

Schuhwaren

- Herrenstiefel Derby, mit u. ohne Lackkappe, breite mod. Form **5.90**
- Herrenstiefel Chevreux, m. Lackkappe od. Lackbes., Goodyear-Welt . . . **11.50**
- Kinderstiefel

31/35	27/30	25/26
4.85	4.25	3.65
- Kinderstiefel, br. Chevette, Derby m. Lackk.

31/35	27/30	25/26
4.95	4.35	3.85
- Sandalen Rind-Vachett m. fest. Sohle u. Fleck

36/42	31/35	27/30	22/26
3.95	3.45	2.95	2.65

Kleiderstoffe

- Reinwoll. Blusenstoff allerneuest. Farbenst. 95.95
- Wollbatist reine Wolle, 110 cm breit, Saisonfarben Mtr. 1.45 **95.95**
- Kostümstoff 110 cm breit, bes. preiswert . . . Mtr. **1.25**
- Nadelstreifen reine Wolle, 130 cm breit, für Kostüme Meter 2.65 **1.95**
- Kostümstoff 130 cm breit, moderne Frühjahrsfarben Mtr. **1.95**
- Eolienne ca. 110 cm breit, große Farbensortimente . Mtr. **2.85**

Wäsche

- Untertaillen Brüsseler Art mit reichen Stickerei-Einsätzen Seidenband u. Klöppel imit. Spitze **95.95**
- Damenhemden Renforce, Rumpf gestickt . . . **1.90**
- Wickeldecken # Molton Stück **55.95**
- Wickeldecken schwerer geb. Molton m. farb. Einfab **85.95**
- Hygien. Windeln 80/80 . . . Stück **38.95**
- Molton-Windeln weiß u. farbig Stück **38.95**

Spitzen

- Einsätze u. Spitzen Maschinen-Leinenklöppel Mtr. 25 22 15 12 **8.95**
- Bandfeston glatt und gemustert, Stück à 10 Mtr. . . . **30.95**
- Hemdenpassen Madeira, Handstickerei **28.95**
- Einsätze Tüll und Spachtel Mtr. 55 38 25 **15.95**
- Stickerei-Einsätze Coup. à 4 1/2 Mtr. . . . **68.95**
- Waschborten in diversen Breiten für Russenkittel . . . 25 20 15 12 **8.95**

Original englisch 80 cm. br., mod. helle Streifen u. Karos Mtr.

Ca. 3000 Meter Zefir	Serie I	Serie II
	75.95	55.95

Reine Wolle erstklassiges Fabrikat in diversen Mustern

Mousseline	Serie I	Serie II	Serie III
	1.25	95.95	68.95

Blusenschürzen mit reich garniertem Latz, prima Siamosen . . . **95.95**

Blusenschürzen mit Tupfenbesatz, Tasche u. Volant, prima Siamosen **1.45**

Blusenschürzen Rockvolant mit Blenden u. Latz, prima Siamosen . **1.95**

Kinderschürzen schwarz, guter Panama, mit Kimonoansatz und Besatz . . . 60-75 **1.90** 80-95 **2.15**

Handschuhe

- Damen-Handsch. 2 Druckknöpf. schwarz u. farbig . . . 2 Paar **90.95**
- Damen-Handsch. bunt gepasp. in eleganten Farben . . . Paar **78.95**
- Damen-Handsch. im. Waschled., gelb, 12 Knopf lang . . . Paar **85.95**
- Damen-Handsch. Perfil., 12 Kn. lang, in Sommerfarb., schw. u. weiß **90.95**
- Damen-Handsch. reine Seide, 12 Knopf lang, farbig u. schwarz **1.30**
- Damen-Glacé- und Suede-Handschuhe, 2 Knopf **1.25**

Modewaren

- Bulgaren-Kragen Stück 125 95 **85.95**
- Stickerei-Blusenkragen 55 45 **35.95**
- Jabots Schweizer Stickerei Stück 95 65 **38.95**
- Kinderkragen in Stickerei, Piqué und Etamine . . . Stück 75 **55.95**
- Matrosenkragen dunkel u. hellblau . . . Stück 95 **60.95**
- Kieler Knoten . . . Stück 35 25 **18.95**

Strümpfe

- Damen-Strümpfe schwarz, braun, engl. lang 3 Paar **98.95**
- Damen-Strümpfe schwarz, braun u. feinfarb. Paar **68.95**
- Damen-Strümpfe m. Seidenglanz, schwarz, braun und farbig Paar **1.10**
- Herrensocken schwarz, braun Paar **35.95**
- Herrensocken schöne Farben, bestickt . . . 2 Paar **95.95**
- Kinderstrümpfe schwarz, braun Gr. 1-4 3 Paar 90, Gr. 5-9 2 Paar **90.95**

Baumwollwaren etc.

- Cretonne 80 cm breit Mtr 48 42 **35.95**
- Flockkörper ca. 78/80 cm breit, Meter . . . 68 48 **38.95**
- Bettendamast 130 cm breit, weiß, seidengl. Meter 95 **78.95**
- Gerstenkornhandtücher gesäumt u. gebändert, 46/105 und 48/100 . . . 1/2 Dtd. **1.75**
- Graue Handtücher gesäumt u. gebändert, 46/100 . . . 1/2 Dtd. **1.75**
- Gläsertücher gesäumt u. gebänd., Rein-Leinen 1/2 Dtd. **1.90**

Heute in unserem Erfrischungsraum Erdbeer-Spezial-Torte Portion **20.95**

Morgen in unserem Erfrischungsraum Eiskaffee per Glas **25.95**

Lebensmittel

- Polnische Mettwurst Pfd. **105.95**
- Thüring. Rotwurst II Pfd. **65.95**
- Frankf. Fleischwurst Pfd. **90.95**
- Hausm. Leberwurst Pfd. **90.95**
- Leberwurst II . . . Pfd. **52.95**
- Rotwurst II . . . Pfd. **52.95**

KNOPF

Lebensmittel

- Bierwurst . . . Pfd. **1.35**
- Braunsch. Mettwurst Pfd. **1.15**
- Pommersche Feewurst Pfd. **1.45**
- Gemischte Marmelade 5 Pfund-Eimer **1.05**
- Zwetschgen-Mus 5 Pfund-Eimer **1.05**